

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 6 2004

Démocrate  **Suisse**
Pages 13-15

Bilaterale Verträge mit der EU: Angriff auf unser Land – es geht ums Überleben als Volk und Nation!

Mit dem Schengener Abkommen (Abbau der Grenzüberwachungen usw.) und den Bilateralen Verträgen haben die Regierungsparteien Abkommen ausgehandelt, welche die Substanz unseres Landes aushöhlen. Mehr Einwanderung und Lohndruck, Abgabe von Freiheit und Unabhängigkeit, Ausverkauf der Heimat... Das sind die Folgen dieser für unser neutrales Land ruinösen Abkommen.

Darum werden wir nach den parlamentarischen Beratungen das Referendum gegen die Bilateralen Verträge ergreifen!

Wir sind in den Startlöchern und werden mit einem Grosseinsatz aller die Unterschriften zusammentragen.

POSTCODE 1
AZB 5332 Rekingen

SD-Grosskundgebung am 1. August 2004 in Basel

Dieses Jahr feiern wir unseren Nationalfeiertag in Basel. Reservieren Sie sich den Tag schon heute (detaillierte Einladung siehe Seite 5).

Aber es mangelt uns an Geld:

Deshalb rufen wir Sie auf, uns mit einer Spende tatkräftig zu unterstützen. Wir brauchen auch Ihre finanzielle Hilfe, um unsere Organisation so vorzubereiten, dass wir mit dem bevorstehenden Referendum einen Sieg in unsere Scheune fahren können. Vielen Dank!

Geschäftsleitung SD-Schweiz

Inhalt

- 2 Wir bleiben am Ball
- 4 Rückblick auf die Abstimmung vom 16. Mai
- 5 Einladung 1.-August-Feier
- 6 Keine Drogenlegalisierung
- 7 Lustig ist das Zigeunerleben...
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 10 China geht das Wasser aus
- 12 Der Leser hat das Wort

Wir bleiben am Ball

Gedanken von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, e. Nationalrat/Landrat, Frenkendorf

Im Bundesrat sitzen ja alles Politiker ohne Rückgrat, die auch ihre Grossmutter verkaufen würden, wenn es ihren egoistischen Interessen nur dienen würde. Völkerrecht, internationale Solidarität, Humanität und Weicheierei, nach diesen Prinzipien machen die Regierenden Politik.

Sie reden bald nur noch vom sogenannten Völkerrecht und was wir alles tun müssten, um eben dieses Völkerrecht bei uns einzuführen und zu verteidigen. Für dieses Völkerrecht kuschen sie, bis sie krumme Rücken haben. Derweil laufen ihnen die Krankenkassenprämien aus dem Ruder, die Kriminalität nimmt laufend zu und mit der ungebremsten Einwanderung wird unser Land fast zu Tode überfremdet. Ja und gucken wir uns in unserem Lande mal die Werbung an: Wir sehen nur noch schwarz, das gehört zum guten Ton. Oder man betrachte mal das Mannschaftsbild des FC Basel, des FC St. Gallen und des FC Zürich. Was ist denn an diesen Fussballklubs noch schweizerisch oder baslerisch, sanktgallerisch oder zürcherisch? Und was ist an der heutigen Werbung noch schweizerisch? Auch die wird eingesetzt, um uns zu manipulieren. Eine riesige Multi-Kulti-Maschine-

rie haben sie in Gang gesetzt, um unser Volk gefügig zu machen. Es soll internationalisiert und EUisiert werden. Systematisch werden schweizerische Werte zerstört und die Demontage einheimischer Grundwerte schreitet voran. Seit etwa einem Jahr wird auch das Wort «Neutralität» kaum mehr in den Mund genommen. Es schickt sich offenbar nicht mehr, neutral zu sein. Dabei sind wir doch mit diesem Grundwert lange Zeit äusserst gut gefahren. Aber eben, solche Grundwerte müssen natürlich auch durch glaubhafte Politiker standhaft verteidigt werden. Wenn dies nicht mehr geschieht, dann verliert ein solcher Wert an Substanz. Und deshalb sieht unsere Zukunft zappenduster aus.

Einheimische zuerst!

Kürzlich hatten wir wieder den 1. Mai. Was für ein erbärmlicher Tag! Der erste Mai gehört in der heutigen Form abgeschafft. Da demonstrieren ein paar verbliebene Sozis, vor allem aber pöbelt die gewalttätige Schwarzfront. Es demonstrieren überwiegend Ausländer. Einen solchen Ausländersonntag wollen wir nicht mehr. Wir verlangen von den Gewerkschaften, dass für uns Einheimische gekämpft wird. Darum fordern wir als absolut einzige Partei den totalen Vorrang der Schweizerinnen und Schweizer an den Schulen, am Arbeitsmarkt und bei der Wohnungsvergabe. Zuerst kommen wir Einheimischen, dann allenfalls noch die andern. Diese Bevormundung und Unterdrückung von uns Einheimischen dürfen wir uns nicht mehr gefallen lassen.

Auch im neuen Ausländergesetz haben sie den sogenannten «Inländer-Vorrang» festgeschrieben. Unter «Inländern» versteht man neuerdings Schweizer und EU-Europäer, welche Pervertierung des Begriffes. Und da machen selbst konservativ-kapitalistische Politik-Kreise noch mit, weil die so hoffen, zu zusätzlichen Fremdarbeitern zu kommen, welche sie ausbeuten können. Die SVP-Bauern lassen diesbezüglich grüssen. Wir sind im letzten Jahrhundert gut gefahren, ohne diese unterwürfig-anbiedernde Multi-Kulti-EU-Mentalität und ohne EU-Mitglied zu sein. Weshalb sollen wir denn das ändern?

Aber eben, nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber...

Keine Bevormundung

Und mit der Totschlagwaffe, der ewigen Floskel des Völkerrechts, wollen sie uns ständig mehr verbieten. Ich meine demgegenüber ganz klar: Wir haben diese Bevormundung langsam aber sicher satt. So kann es nicht mehr weitergehen. Ausländer, also Gäste unseres Landes, die bei uns kriminell werden, gehören sofort des Landes verwiesen. Wer sich strafbar macht, soll wieder mit Gefängnis und happigen Bussen bedacht werden und nicht mit einem psychiatrischen Gutachten, das von seiner ach so schlimmen Kindheit faselt, von jeglicher wirkungsvollen Strafe befreit werden. Kurze Gefängnisstrafen sind in unserer wegen der Einwanderung immer mehr verrohenden Schweiz leider nicht mehr abschreckend. Deshalb muss in unserem Lande die Schraube angezogen werden. Wir wollen uns wieder frei und ohne Angst bewegen können, auch nachts und in unseren Städten. Momentan erleben wir wieder in Liestal, wie Banden, ja Horden von fehlgeleiteten heimatlosen jungen Leuten ihr Unwesen treiben und die Bevölkerung unsicher machen und terrorisieren. Da die Regierungsparteien nicht mehr immer und überall in der Lage sind, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, gehören sie abgewählt. Sie haben mit ihrer Politik diese Unsicherheit zu verantworten. Wer zum Beispiel an einer Schule eine Messerstecherei veranstaltet, gehört schlicht nicht mehr auf diese Schule. Der hat auch unsere Steuergelder nicht verdient, die ihm Bildung bei uns ermöglichen. Erst seit in Europa das rückwärtsgewandte und veraltete Multi-Kulti-Gespenst des Internationalismus umgeht, finden wir bei uns keine Ruhe mehr und nimmt die Kriminalität endlos zu. So aber darf es nicht mehr weitergehen. Wir alle sind deshalb aufgerufen, stärker und konsequenter zu kämpfen. Wir müssen den Leuten aufzeigen, wer schuld ist an diesen himmeltraurigen Zuständen. Und wir müssen dafür vermehrt auf die Strassen gehen. Der Horror-Politik unseres Bundesrates gehört eine Absage.

Im Namen der Freiheit

Ja, und liebe Delegierte, und dann unsere sogenannte Armee. Die Jungen werden immer mehr zu

Weicheiern erzogen. Die Armee, wie sie für morgen geplant ist, wird zunehmend fraglicher und immer unglaubwürdiger. Jetzt haben sie da die neue Armee 21 kreiert. Und schon reden sie von einer weiteren Halbierung der Armee. Als die GSoA vor noch nicht allzu langer Zeit eine Militärabschaffungs-Initiative lancierte, wurde sie von den regierenden Bürgerlichen lächerlich gemacht. Heute machen genau diese Bürgerlichen, natürlich wacker unterstützt von den Sozis, genau diese GSoA-Politik. Diese Armee ist nichts mehr wert und wir dürfen uns mit gutem Recht fragen, ob wir nicht auch ins Armeeabschaffungslager wechseln sollen. Oder wollt Ihr etwa im Kriegsfall diese vielen Ausländer noch militärisch verteidigen gehen? Es geht den Armeeführern und dem Bundesrat nur noch darum, möglichst oft im Ausland «militärlis» spielen zu können. Und dabei tun sie alles, um der amerikahörigen NATO zu gefallen. Deshalb sind sie auch der sogenannten «NATO-Partnerschaft für den Frieden» beigetreten. Wir fragen uns, was soll eigentlich eine Schweizer Armee, die nur noch NATO-Interessen dient. Man sah es ja im ehemaligen Jugoslawien und dann in Afghanistan und im Irak, wie das so läuft. Zuerst bombardieren sie, schlagen alles kurz und klein, und wenn der Krieg dann beendet ist, gehen sie auf die Suche nach sogenannten «Kriegsverbrechern». Wenn sie diese sogenannten «Kriegsverbrecher» ausliefern, bekommen sie von den Amerikanern Geld – aber wirklich nur dann! Und mit diesem Geld nehmen die Amerikaner, die NATO und die amerikahörige UNO dann Einfluss auf diesen Staat. Es wird also erpresserisch sozusagen Einfluss «gekauft» mit diesen Geldsummen. In Afghanistan haben sie's nicht anders gemacht. Hier geht es den Amerikanern nicht um den Frieden oder die Bekämpfung des Terrorismus. Es geht einzig und allein darum, dass sie dieses Land ausbeuten können, denn sie wollen eine Oel- und Gaspipeline quer durch Afghanistan bauen. Und das schon sehr lange, jetzt haben sie Gelegenheit dazu. Um das zu erreichen, weichen sie auch vor flächendeckenden Bombardierungen mit Aber-tausenden von toten Zivilisten nicht zurück. Amerikaner werden vom Weltgerichtshof nie verurteilt, nicht wahr, denn die sind die

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die
SCHWEIZER
DEMOKRATEN
in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?
Unser Geschäftsleitungsmitglied
Kurt Koller berät
Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Lieben, die im Namen der sogenannten Freiheit töten, foltern und vergewaltigen. Da wundert es einen nicht, dass sich Israel eine solche Politik zum Vorbild nimmt, ein armes Nachbarvolk knechtet und auch alles kurz und klein schlägt. Es geschieht den Panzergenerälen ja auch nichts. Darf es auf unserer Welt wirklich so weitergehen? Wir fragen uns deshalb, ob wir in dieser NATO, in dieser EU und in dieser UNO mitmachen sollen. Die Antwort ist ein klares Nein! Nein zur NATO, nein zur EU und Austritt aus der UNO! Der UNO-Beitritt kam sowieso nur dank einer undemokratisch-erpresserisch-einseitigen Werbekampagne (zum Teil sogar noch mit unseren Steuergeldern) zustande. Und eben: Unsere Armee und der Sinn, der einmal dahinter gesteckt hat, geht auch immer mehr verloren – das ganze wird von Jahr zu Jahr fraglicher. Entwaffnen wollen sie jetzt unsere ehemaligen Soldaten auch noch, das Gewehr soll man auch nicht mehr behalten dürfen. Also, was soll das noch mit dieser Armee?

Eine-Welt-Ideologie

NATO, UNO usw. – was ist eigentlich der Sinn dieser grossen, internationalen, zentralistisch geführten Organisationen? Die Antwort liegt auf der Hand. In gutem Neudeutsch heisst sie ONE WORLD. Auf der ganzen Welt sollen dieselben Richtlinien fürs Zusammenleben aufgestellt werden. Und alle sollen von einer kleinen Clique machthabender Leute regiert werden. Und um all das noch durchzusetzen, brauchen sie auch die Medien. Mit denen wollen sie unsere Freiheit zu Tode manipulieren. Aber das lassen wir uns nicht gefallen. Wir müssen aufstehen dagegen. Überall auf der ganzen Welt müssen die Leute, die so denken wie wir, sich zu wehren beginnen. Das fängt bei der Abschaffung von sogenannten Antirassismus-Gesetzgebungen an und endet bei der schnellen Beendigung des Finanzabenteuers Euro. Diesen Euro haben sie natürlich auch nur eingeführt, damit die oberen Tausend die Sache besser und zentral steuern und in der Hand halten können.

Liebe Schweizerinnen und Schweizer, die Wut auf all die gesellschaftlichen Missstände ist gross, sehr gross. Und viele haben leider resigniert und sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen. Diese Leute gehen auch nicht mehr stimmen. Es sind aber in ihrer überwiegenden Anzahl gute Patrioten, die ei-

gentlich zu ihrem Lande stehen wollen. Und genau diejenigen Leute sind unser politisches Potential. Sie gilt es aufzuwecken. Das ist aber nur möglich, wenn wir sie im persönlichen Gespräch angehen, wenn wir direkt auf die Leute zugehen. Das haben wir bisher viel zu wenig gemacht. Es ist deshalb die Aufgabe von uns allen, neue Mitglieder und Wählerinnen und Wähler anzusprechen und zu überzeugen. Unser politisches Potential ist vorerst mindestens fünf Mal so hoch wie es heute ist, also 10%. Und es ist später weiter ausbaubar. Darum müssen wir die Leute aus ihrem Schlafe aufwecken. Viele entschlossene Leute können auch viel erreichen, das wird uns gerade jetzt in Frankreich bei den Wahlen wieder vorerzählt. Aber wir wählen den demokratisch-schweizerischen Weg, um unserem Ziel näher zu kommen. Dieser Weg hat sich über die Jahre bewährt.

Gegensteuer geben

Wir Schweizer Demokraten sind die Vertreterinnen und Vertreter der kleinen Leute, des einfachen Volkes. Der überwiegende Teil unserer Mitglieder sind Leute, welche deutlich weniger als 100'000 Franken im Jahr verdienen. Wir haben viele Klein- und Kleinstverdiener in unseren Reihen. Deshalb muss unsere Politik auch so ausgerichtet sein, auf diese Schweizerinnen und Schweizer, auf die Leute, welche jedes unsoziale Mehrwertsteuerprozent in ihrem Portemonnaie massiv spüren. Es kann nicht sein, dass wir die grosskapitalistischen SVP-Interessen einiger weniger bürgerlicher Politiker nachbeten. Es kann aber andererseits auch nicht sein, dass wir sozialistischen Träumen hinterher rennen. Wir dürfen nicht vergessen, dass FDP, CVP und SVP das AHV-Rententaler heraufsetzen wollen. Wir als SD vertreten die kleinen Leute, welche ein Leben lang hart schufteten müssen, und denen sind wir es schuldig, dass wir gegen solche Ansinnen antreten. Es ist deshalb unabdingbar notwendig, dass wir uns in diesen Fragen gegen die konservativen Kreise hart, laut und deutlich abgrenzen müssen. Eidgenössische Solidarität ist gefordert. Darum sagen wir Nein zu allen drei eidgenössischen Vorlagen vom 16. Mai 2004, weil wir nicht der Wurmfortsatz und nützliche Idiot derjenigen sein wollen, welche zu den Grösstverdienern gehören. Und deshalb haben wir es im Februar auch abgelehnt, das Mietrecht zu schwächen. Vor einigen Jahren ging es in einer Volksabstimmung darum, das Amt des

Preisüberwachers zu schaffen. Damals haben wir als Partei einstimmig Ja gesagt zu diesem für die Kleinverdiener wichtigen Instrument des Preisüberwachers. Den jetzt abzuschaffen, wie das gewisse Bürgerliche wollen, widerspricht diametral den Interessen unserer Mitglieder, welche teilweise mit kleinsten AHV-Renten und Löhnen um die 50'000 oder 60'000 Franken auskommen müssen. Die Preisüberwachung ist nötiger denn je, denn es gibt immer wieder Anbieter, welche fast monopolartige Stellungen haben und die dann den Hoch-Preis diktieren können. Unser Land benötigt eine Instanz, die da Gegensteuer gibt, sonst geht's den kleinen Leuten immer schlechter.

Liebe Delegierte, es gibt auf diesem Feld viel zu tun. Verteidigen wir unsere nur wenig oder mittelgut verdienenden Wählerinnen und Wähler, denn die SP tut dies nicht mehr. Die SP wird heute dominiert von gross- und sogar Grösstverdienern, welche den Bürgerlichen in Nichts nachstehen.

Überlegen wir uns wieder vermehrt, wer wir sind, zu welcher Kaufkraftkategorie wir gehören,

und richten dann unsere Politik danach aus. Wer weiss, vielleicht sind wir dann eines Tages diejenige politische Kraft, welche sich am 1. Mai für die einfachen Leute einsetzt. Eigentlich wäre das eine reizvolle Idee, die wir für heute mal so im Raum stehen lassen wollen.

Es ist darum so, egal ob wir die Unterschriften für unsere Einwanderungsinitiative zusammenbringen oder nicht, dass wir vermehrt für unsere Interessen kämpfen müssen. Die Probleme in unserm Lande sind so gross, dass es klar ist, dass es mit unserer Nationalen Aktion auch weiter geht. Wir Schweizer Demokraten bleiben am Ball und kämpfen. Wir sind patriotisch, ökologisch, sozial und heimatverbunden.

Auf diesen Grundwerten fundiert unser politisches Programm. Und wir müssen dieses Programm endlich wieder auspacken. An der letzten Kadertagung haben wir damit begonnen. Es ist ein wunderbares Programm, das inhaltlich und ideologisch in sich geschlossen ist. Wenn wir diesem Programm wieder nachleben, werden sich auch unsere politischen Erfolge wieder mehren.

Dringender Handlungsbedarf nach dem 16. Mai!

Am 16. Mai lehnte das Stimmvolk zwar richtigerweise das so genannte Steuerepaket ab. Dessen «Verschnürung» war nämlich unmöglich, und die zu erwartenden Steuerausfälle waren viel zu gross. Aber es enthielt auch einige richtige Anliegen: endlich eine Aufhebung der steuerlichen Diskriminierung der Ehepaare, vom Bundesgericht bereits vor Jahrzehnten als verfassungswidrig erklärt und ein altes Anliegen der NA, und eine steuerliche Entlastung der mittelständischen Familien mit Kindern, die bisher mit keinerlei Unterstützung durch die öffentlichen Hände rechnen können. Die Schweiz ist kinderfeindlich und braucht unbedingt eine bessere Familienpolitik!

Die zunehmende bevölkerungsmässige Überfremdung der Schweiz geschieht nämlich heute von zwei Seiten: Einerseits geht die Masseneinwanderung fast ungehemmt weiter; im Jahr 2003 93'000 Personen; das ist schon länger so; andererseits stirbt die einheimische Bevölkerung aus; das ist ein neueres Phänomen! Seit dem Höchststand von 112'890 Gebur-

ten in der Schweiz 1964, davon die meisten Schweizer Nationalität, bedeuten die 71'500 Geburten 2003 einen eigentlichen Absturz. Und der Abstieg hört nicht auf. Auch von 2002 auf 2003 nahm die Zahl noch ab!

Die Medien, die Wirtschaftswissenschaftler und fast unisono die Politiker quatschen aber in einer Art Massenhysterie ständig von einem «Wachstum», das angeblich so nötig sei. Dabei droht eine Schrumpfung! Auch wenn die Protagonisten – durch bange Fragen in die Enge getrieben – jeweils beteuern, man denke dabei selbstverständlich an ein ausschliessliches «Wirtschaftswachstum». Ganz sicher ist ein solches «Wachstum» aber nicht ohne Personal möglich. Soll also die Einwanderungsrate noch gesteigert werden, bis die ganze Schweizer Bevölkerung nur noch aus Exoten besteht? In Zukunft werden nämlich Einwanderer nur noch aus Übersee «erhältlich» sein. Die Geburtenziffern der an die Schweiz angrenzenden Völ-

Rückblick auf die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai

Die Stimmbürger lassen sich von den Regierungsparteien nicht mehr länger verschaukeln!

Nicht ganz unerwartet lehnte der Souverän schweizweit die drei eidgenössischen Vorlagen – Steuerpaket, 11. AHV-Revision und Mehrwertsteuer-Erhöpfung im Verhältnis 2:1 klar ab. Nach der Bekanntgabe der Resultate am Sonntagnachmittag gaben sich erstaunlicherweise die sozialdemokratischen Vertreter – obschon sie für die unsoziale Mehrwertsteuer-Erhöpfung die Ja-Parole herausgegeben – und damit beim Stimmbürger total Schiffbruch erlitten hatten, als die grossen Tagessieger aus. Noch schlechter erging es den SVP-Oberen. Um die gleich bei zwei Vorlagen erlittene Schmach zu begrenzen – war seine Partei doch unisono für das Steuerpaket und die Erhöhung des AHV-Alters eingetreten – versuchte sich der SVP-Präsident Maurer mit seinen üblichen Sprachfloskeln in ein besseres Licht zu stellen. Die ansonsten siegesgewohnten SVPler gehörten – entgegen dem Trend in den letzten Jahren – nunmehr zu den grossen Verlierern. Bundesrat Pascal Couchepin meinte zum bundesrätlichen «Marignano» – vermutlich emotional aufgewühlt –, dass das Volk den wahren Inhalt der Vorlagen eben nicht verstanden hätte (auch eine Meinung – wenn auch voll daneben!).

Volksopposition immer stärker

Noch vor wenigen Jahren spielten die sogenannten bürgerlichen Mitteparteien FDP und CVP nicht nur bei den Parlamentsentscheiden in Bern die match-entscheidende

Dringender Handlungsbedarf

Fortsetzung von Seite 3

ker sind nur um Nuancen grösser als diejenige der Schweiz. Die Schweiz braucht kein Wachstum, weder ihrer Wirtschaft noch ihrer Bevölkerung, schon aus Überlegungen des Umweltschutzes nicht. Schon heute ist die Dichte der Bevölkerung im Mittelland eine der höchsten der Welt. Neben der Umweltbelastung führt dies zum Beispiel zu Verkehrsproblemen, die kaum mehr zu lösen sind, neben weiteren Nachteilen. Viel dringender wäre, politisch dafür zu sorgen, dass sich die Verhältnisse endlich stabilisieren!

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat



Rolle; zudem folgte auch ein Grossteil der Stimmbürgerschaft diesen bei Volksabstimmungen in fast blindem Vertrauen. Diese «schönen» Zeiten sind – die Volksentscheide der beiden letzten Abstimmungsgänge haben dies mehr und mehr bewiesen – endgültig vorbei. Das Volk liebt es nicht, als Milchkuh dazustehen, die permanent gemolken und noch drangsaliert wird!

Insbesondere das Steuerpaket war inhaltlich – verschiedene Sachgebiete betreffend – zu unterschiedlich und somit auch überladen. Mit den wahrheitswidrigen und grossspurigen Versprechungen (z.B. in den Abstimmungsinseraten!), ging alles erwartungsgemäss den Bach runter.

Dass sich eben das Steuerpaket für breite Bevölkerungskreise (Alleinstehende, junge Familien mit Kindern, gewisse Hypothekarschuldner und nicht zuletzt die Kantone und Gemeinden selbst) meist finanziell nachteilig ausgewirkt hätte, ist offensichtlich. Über 70 Regierungsräte aus mehreren Kantonen und Parteien stellten sich im Vorfeld der Abstimmung gegen das in Bern geschnürte fragwürdige Steuerpaket.

Müssen auch Kantone ausbluten?

Für Basel-Stadt hätte eine Annahme des Paketes jährliche Minder-einnahmen von 130 Millionen Franken zur Folge gehabt. Und zur gleichen Zeit versucht der Basler Regierungsrat bei den kantonalen Parteien und Grossräten ein (weiteres) eigenes Sparpaket von 100 Mio. Franken durchzudrücken, da die Staatsrechnung des Stadtkan-


tons seit Jahren stark defizitär ist. Bei Betrachtung der Schweizer Karte und der Gewichtung der Ja- und Nein-Stimmen beim Steuerpaket überwiegt der Nein-Anteil beträchtlich. Ausnahmen bilden bloss die Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen gutbetuchten Einwohnern an der Zürcher Goldküste, wie auch die reichen schwyzerischen Gemeinden am oberen Zürichsee und erstaunlicherweise einige wenige Orte im St.-Galler Rheintal. Demgegenüber «brillierten» Randgebiete wie der Jura (la République et Canton du Jura und Berner Jura), das ganze Wallis, wie auch das bündnerische Misox mit 80%igen Nein-Mehrheiten!

Bundesbern weiterhin mit Butterbrot und Peitsche?

Bundesrat Hans-Rudolf Merz hält übrigens sein nächstes Steuer-Sparpaket schon in der Schublade bereit. Hievon hat er aber im Vorfeld der letzten Abstimmung kaum etwas verlauten lassen; freiwillig schon gar nicht! Warum wohl? Vor kurzem durften wir den Medien entnehmen, dass die Schweiz (bei einer Annahme der Bilateralen II) gewissen schwachen EU-Staaten, resp. deren Finanzministern, für die Verwirklichung gewisser Projekte finanziell «unter die Arme» greifen muss (sogenannter Kohäsionsfonds). Dies rechnet sich während 5 Jahren mit insgesamt einer Milliarde Franken. Sollten weitere Staaten, vorab aus dem Balkan oder gar die Türkei, zur EU stossen, werden mit Sicherheit weitere Zahlungen erwartet (und folgen!).

Schlussfolgerung von alledem: Neben nur wenigen Parteien riefen die Schweizer Demokraten dazu auf, bei erwähnten drei eidgenössischen Vorlagen generell Nein zu stimmen. Die Tatsache, dass wir hier die eigentlichen Sieger sind, wurde aber von allen Medien unter den Tisch geschwicht... einmal mehr!

Markus Borner, Basel

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten 

SD-Zentralsekretariat

Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen



1.-August-Feier 2004 der Schweizer Demokraten

Herzlich willkommen in der Rheinstadt Basel

Wir Schweizer Demokraten der Kantonalpartei Basel-Stadt haben die Ehre und die Freude, Sie zur 1.-August-Feier 2004 in die traditionsreiche Basler Altstadt am Spalenberg einzuladen. Sie werden in der Umgebung unseres Versammlungsortes ein vermutlich unbekanntes Basel mit alten Häusern und verwinkelten Gässchen vorfinden. Wir freuen uns auf viele Gäste aus der ganzen Schweiz – von Romanshorn bis Genf!

Unser Festprogramm

10.00 Uhr – 11.30 Uhr	Eintreffen der Gäste im Rest. Löwenzorn, am Gernsberg 2, in Basels schönstem Hof-Garten
10.30 Uhr	Musikalischer Auftakt mit dem Ländler-Trio Sternenbergl, Hofstetten. Begrüssung durch Markus Borner, Präsident SD-BS. Mitteilungen – Vorstellung der Örtlichkeit.
11.30 Uhr	Ansprache von alt-NR Dr. med. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf
12.15 Uhr – 13.30 Uhr	Gemeinsames Mittagessen
13.30 Uhr – 14.00 Uhr	Auftritt des Jodlerclubs Alphüttli, Basel
14.00 Uhr – 14.15 Uhr	Überraschung mit dem Kabarettisten Renato aus dem Kleinbasel
14.20 Uhr – 14.45 Uhr	Ansprache von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, Frenkendorf «Rufst Du mein Vaterland», gemeinsamer Gesang
15.00 Uhr – 15.10 Uhr	Amüsantes mit einer unvergesslichen «Basler Kabarettistin»
15.30 Uhr	Gemeinsames Singen der Nationalhymne und Schlusswort

Anreise:

Bahnreisende haben u.a. gute Verbindungen ab Zürich 8.37 Uhr; ab Luzern 8.37 Uhr; ab Bern 7.57 Uhr oder 8.23 Uhr. Ankunft im Hbf Basel jeweils kurz vor 10 Uhr. Hernach mit Tram (Nr. 8 oder 11) bis Marktplatz; Kurzstrecke lösen! Beim Marktplatz aussteigen – links Hutgasse und Spalenberg anzielen. Gehweg leicht bergauf; 5 Minuten bis zum Restaurant Löwenzorn.

Autofahrer kommen von der Autobahn und fahren – gleich aus welcher Richtung – zuerst zum Kantonsspital – bitte dem Parkleitsystem folgen – hernach via Blumenrain zum Storchenparking. Zuletzt zu Fuss (max. 5 Min.) Richtung Spalenberg (leicht ansteigend) zum Gernsberg 2, wo sich das Restaurant Löwenzorn befindet. Sonntags kostet eine Parkstunde im Storchenparking einen Franken, die dann verlängert werden kann!

Mittagessen:

Es stehen primär zwei Menüs zur Auswahl:

- | | |
|--|----------|
| 1. Gemischter Salat, kalter Roastbeef-Teller mit Tartarsauce | Fr. 28.– |
| 2. Gemischter Salat, geschnetztes Schweinefleisch
«Zürcher Art» mit Nudeln und Saisongemüse | Fr. 28.– |



Anmeldung:

Eine solche ist nicht nötig. Der Anlass wird bei jeder Wetterlage durchgeführt. Im Hofgarten sind die Gäste auch vor zuviel Sonneneinstrahlung und Regen bestens geschützt. Bei einem Unwetter steht die grosse Gaststube (140 Plätze) auch zur Verfügung. Bloss gegen ein Erdbeben wären wir machtlos...

Auskünfte:

In erster Linie Tel. 061 262 03 04 (Borner),
in Notfällen 079 756 97 68 (Cattin).
Schweizer Demokraten, Postfach 4219, 4002 Basel



Offener Brief an die Mitglieder des Nationalrates

Keine Drogenlegalisierung



Abdul R. Furrer,
SD-Grossrat, Basel

I. Zur Legalisierung von Cannabis

Die wichtigsten Argumente der Legalisierungs-Befürworter in kurzen Worten widerlegt:

- Anbau und Handel sollen aus der Illegalität, aus dem Schwarzmarkt gebracht werden Falsch! Der Cannabiskonsument wird sowohl mit illegal wie auch mit legal erzeugtem und verkauftem Rauschgift geschädigt.

- Der Handel von «weichen» soll vom Handel mit «harten» Drogen getrennt werden Falsch! Eine Trennung der Märkte wird nicht stattfinden. Gemäss Bericht des INCB (Suchtmittel-Kontrollbehörde der UNO) konnte z.B. die Zulassung von «Coffee Shops» in den Niederlanden den illegalen Handel nicht eindämmen. Zudem wurde eine Steigerung des Missbrauchs harter Drogen festgestellt.

- Mit dem kontrollierten Anbau und Handel wird der illegale Handel eliminiert

Falsch! Der lukrative Schwarzmarkt aller Arten von Drogen kann mit der Legalisierung nicht eliminiert werden. Anbaufelder, teilweise in der Grösse von Fussballfeldern, können nicht versteckt werden. Mit einem verschärften Gesetz wird weniger illegal angebaut, weniger gehandelt, weniger konsumiert. Kontrolle und Repression wird mit weniger Aufwand möglich sein.

- Mit verstärkten Präventionsmassnahmen wird der Konsum eingeschränkt

Falsch und ein Unsinn erster Güte! Man wird nicht glaubhaft machen können, dass etwas, was erlaubt ist, schädlich und unerwünscht sein soll. Bestes Beispiel ist der Alkohol- und Tabakkonsum. Trotz Prävention hat der Konsum in den letzten Jahren – insbesondere bei Jugendlichen! – stetig zugenommen.

- Mit (geschätzten) 300 Millionen «Lenkungsabgaben» können Prävention, AHV und IV mitfinanziert werden

Lenkungsabgaben (Steuern) verteuern die legalen Produkte gegenüber den illegalen und sind somit kontraproduktiv. Die Konsumenten werden weiterhin auf dem Schwarzmarkt einkaufen und die budgetierten Einnahmen werden weitaus geringer ausfallen. Zudem werden durch hundertausende tagtäglich befristeter Mitarbeiter volkswirtschaftliche Verluste von jährlich rund 1500 Millionen verursacht, welche die Allgemeinheit zu tragen haben.

- Die Bereitschaft, auf harte Drogen umzusteigen, wird durch den Cannabiskonsum nicht gesteigert

Falsch! Erhebungen z.B. der bekannten und erfolgreichen Therapielinie «San Patrignano» in Italien haben ergeben, dass 90% der Konsumenten harter Drogen ihre Drogenkarriere mit Cannabis begonnen haben. Wenngleich auch «nur» etwa 6% der Cannabiskonsumenten auf harte Drogen umsteigen, so ergibt das bei einer halben Million Hanfkonsumenten die beachtliche Zahl von 30'000 Konsumenten harter Drogen. Mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Betroffenen selbst, für die Gemeinwesen, die Staatskassen und die Volkswirtschaft.

II. Zur gesetzlichen Verankerung von Heroin- und Substitutionsprogrammen

Erstaunlicherweise wird immer und überall «nur» über die Cannabis-Legalisierung diskutiert. Selbst die Medien verschweigen, dass der Bundesrat gleichzeitig die Staatliche Heroinabgabe, die sogenannte «Heroingestützte Behandlung» (HeGeBe), sowie die Substitutionsprogramme und die sogenannte «Überlebenshilfe» in Form von Gassenzimmern (Kontakt- und Anlaufstellen) im Gesetz festschreiben will. Interessant ist die Tatsache, dass der Bundesrat die Versuchsphase seiner «Programme» vor der BetmG-Debatte noch schnell auf dem Verordnungsweg über das Jahr 2004 hinaus verlängert hat...

- Heroingestützte Behandlung (HeGeBe)

Die Fachleute aus dem BAG und die Vertreter der Sozialarbeiterlobby behaupten unentwegt, mit der Heroinabgabe könnten die gesundheitlichen und sozialen Folgen

den der Sucht verhindert werden. Das Gegenteil ist der Fall! Ein Süchtiger, der täglich seine Rationen bekommt, wird keinen Gedanken mehr an eine Therapie verschwenden. Er betrachtet Ärzte als willkommene Drogenlieferanten und nimmt sie als Helfer gegen die Sucht nicht mehr ernst. Die meisten Süchtigen betrachten die Drogenabgabe als zusätzliches Angebot und legen ein polytoxikomanes Verhalten an den Tag.

>> Im Basler Projekt «Janus» sind von 128 Teilnehmern ganze 5 oder knapp 4% in eine abstinenzorientierte Therapie übergetreten.

- Substitutionsprogramme Methadon, ein synthetisches Opiat, wird den Heroinsüchtigen als Ersatzstoff abgegeben. Es hat den «Vorteil», dass täglich eine Dosis genügt. Beim Absetzen treten jedoch weitaus stärkere und länger dauernde Entzugssymptome auf als bei Heroin. Substitutionsprogramme machen nur dann Sinn, wenn sie die Abstinenz zum Ziel haben. Das ist aber nicht der Fall. Wie die Teilnehmer an der HeGeBe verhalten sich auch Methadon-Besitzer polytoxikoman.

>> Im BADAL (Basler DrogenAbgabeLokal!) wird bei 76% der Methadonbesitzer ein Beikonsum von Heroin und/oder Kokain festgestellt.

- Gassenzimmer (Kontakt- und Anlaufstellen)

Diese werden unter dem Titel «Überlebenshilfe» angeboten und geführt, werden dieser Intention aber in keinsten Weise gerecht. Wie die HeGeBe und die Substitution untergräbt auch dieses Angebot jegliche Motivation zum Ausstieg. «Überlebenshilfe» heisst Soforthilfe von wenigen Wochen, bis der Patient einem Therapieplatz zugewiesen werden kann. In den Basler Gassenzimmern gehen jedoch seit Jahren die gleichen Klienten ein und aus.

>> Von den intravenös konsumierenden haben in Basel 68,3% nach 1991, also nach der Institutionalisierung der Basler Gassenzimmer mit dem Konsum begonnen!

Fazit

- Die Schweizer Drogenpolitik verhält sich nachfrageorientiert, alles wird nach Wunsch und Wil-

len der Abhängigen bereitgestellt. Das ist falsch und verhindert jede Motivation zum Ausstieg, erleichtert jedoch Neukonsumenten den Einstieg, wenn sie sehen, wie liebevoll der Staat für sie sorgt, sollten sie der Sucht verfallen.

- Die staatlichen Angebote wirken suchterhaltend und suchtfördernd.
- Therapie-Angebote werden nicht angenommen, solange sie auf Freiwilligkeit basieren. Hier müssen Zwangsmassnahmen bis hin zum fürsorglichen Freiheitsentzug angeordnet werden.

Die Legalisierung von Drogen – egal welcher Art – sowie die nachfrageorientierten Angebote und die gescheiterte Basler Erfindung «4-Säulen-Konzept» dürfen nicht im Gesetz festgeschrieben werden.

Drogensucht ist eine Krankheit und kein Lebensstil!

Krankheiten gehören therapiert und nicht mit staatlicher Hilfe kultiviert!

Nur eine abstinenzorientierte Drogenpolitik ist eine erfolgreiche Drogenpolitik!

Wir bitten Sie, sehr geehrte Nationalrätinnen und Nationalräte, die verfehlte Schweizer Drogenpolitik nicht mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes zu sanktionieren – somit auf die Revision nicht einzutreten – und hoffen auf Ihre Weitsicht.

Unsichtbare Tränen

Nein, Tiere weinen nicht;
das wär ein Tränenmeer.
Nein, Tiere weinen nicht,
auch wenn sie leiden sehr.

Nein, Tiere weinen nicht,
auch ist der Schmerz so gross.
Nein, Tiere weinen nicht,
das machen Menschen bloss.

Nein, Tiere weinen nicht;
nicht dass es fehlt an Tränen,
Nein Tiere weinen nicht;
das überlässt man jenen,

die sie zu Tode quälen.
Ist wertlos diese «Sache»,
die trotzdem, dass sie lebt,
ist ohne Recht und Sprache.

Vladimir Konecny, 2001

Lustig ist das Zigeunerleben...

Eine Strophe dieses bekannten Wandervögel- und Lagerfeuerliedes lautet:

Wenn wir auch kein Federbett haben, fa-ria, fa-ria ho tun wir uns ein Loch ausgraben, fa-ria, fa-ria ho legen Moos und Reisig drein, das soll uns ein Federbett sein, fa-ria, fa-ria...

Zigeunerromantik aus vergangenen Tagen? Keineswegs, sondern brennende Aktualität, welche für die in der Nähe einer solchen Lagerstätte lebenden Einwohner jedoch alles andere als lustig und romantisch ist.

Wie der «Tages-Anzeiger» (TA) vom 7. und 11. Mai 2004 berichtete, kam es in den zwei Wochen zuvor in den Zürcher Gemeinden Pädlikon, Fehraltorf, Illnau und Meilen zu bandenmässigen Einbrüchen, wobei unter anderem Bargeld, Schmuck und Natels im Wert von 20 000 Franken gestohlen wurden. Bei den Tätern, welche nachts Fenster oder Türen aufbrachen und die Räume durchsuchten, während die Bewohner schliefen, dürfte es sich gemäss Aussagen der Kantonspolizei um Fahrende aus Rumänien, d.h. «Kriminaltouristen» handeln, welche ihre Schweizer Saison eröffnet haben, wobei sie sich in ihrem Herkunftsland gründlich auf die Beutezüge vorbereitet hatten. Dazu der TA vom 7. Mai 2004:

In speziellen Kursen werde den drei- bis vierköpfigen Teams beigebracht, wie man sich in der Schweiz am besten verhalte. Zuerst stehle die Gruppe ein älteres Auto, in der Regel einen Kombi, um das Diebesgut abtransportieren zu können. Danach richte sie in einem zugewiesenen Einsatzraum ein gut getarntes Lager im Wald ein (oft in den Erdlöchern entwurzelter Bäume). Die nötigen Lebensmittel würden in der Gegend gestohlen. Von ihrem Stützpunkt aus breche die Gruppe schliesslich zu nächtlichen Streifzügen auf.

Weil die Polizei davon ausgeht, dass es sich bei diesen Bandendiebstählen um eine Form von straff organisierter Kriminalität handelt, arbeiten Ermittler aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und Frankreich schon seit Jahren zusammen. Festnahmen in früheren Jahren hätten gezeigt, dass die kriminelle Vergangenheit der Täter oft weit zurückreiche. Einzelne seien von rumänischen Drahtziehern als sogenannte Klaukinder für Diebstähle nach Berlin geschickt worden.

Gemäss TA vom 11. Mai 2004 hat

nach Angaben von Kantonspolizei-Sprecher Stefan Oberlin die Polizei trotz einigen Dutzend Hinweisen aus der Bevölkerung bisher weder ein Versteck der Bande ausfindig machen noch einen Einbrecher festnehmen können; sie werde leider oft zu spät über verdächtige Wahrnehmungen informiert. Die Kantonspolizei hat zwischenzeitlich die Patrouillentätigkeit sowie die Zusammenarbeit mit andern kantonalen Korps intensiviert. Zudem habe man Forstarbeiter aufgefordert, verdächtige Beobachtungen zu melden. Das können gemäss Oberlin an Bäume gebundene Plastiksäcke sein, mit denen die Täter den Weg zu Verstecken markieren. Wahrhaftig: «Lustig ist im grünen Wald, wo des Zigeuners Aufenthalt...»

Der Gratisanzeiger GHI – «Genève home informations» vom 12./13. Mai 2004 befasste sich eingehend mit der Besorgnis erregenden, sprunghaften Zunahme von Einbrüchen, Laden-, Trick- und Taschendiebstählen in der Rhonestadt, welche namentlich mit der am 27. Februar 2004 erfolgten Aufhebung der Visumpflicht zwischen Rumänien und der Schweiz eingetreten ist. Gemäss den Zollbehörden sind diese Einbrüche hauptsächlich das Werk von rumänischen Zigeunern und in den meisten Fällen handelt es sich um Minderjährige, vorwiegend Mädchen. GHI berichtet: «Anfangs letzter Woche wurden z.B. zwei junge Zigeuner aus der Lyoner Bannmeile am Zollposten Thonex-Vallard angehalten. Sie waren im Besitz einer gossen Menge Juwelen, von mehr als 35'000 Franken und etwa 800 Dollars, also die Beute von mindestens drei Einbruchdiebstählen. Bei der Kontrolle des Fahrzeuges der Zigeuner stiessen die Beamten auf eine perfekte Einbrecherausstattung. ... Selbstverständlich wurden diese Personen sofort zurückgewiesen, was sie aber nicht hindert, zu versuchen, über einen anderen Zollposten in unser Land zu gelangen.»

Organisierte Banden

aus dem genannten Balkanland begeben ihre Diebstähle, vorwiegend in den öffentlichen Verkehrsmitteln, Einkaufszentren und vor den Banken. Die meisten Täter sind etwa 20 Jahre alt oder noch minderjährig. Die Trickdiebe gehen äusserst raffiniert vor. So kann es beispielsweise geschehen, dass ein ahnungsloser Bankkunde am Ausgang von einem gut gekleideten jungen Mann mit der Frage ange-



gangen wird, ob er einen Geldschein wechseln könne. Der naive, hilfsbereite Bürger sucht in seinem soeben abgehobenen Betrag nach den gewünschten Banknoten und, ehe er sich versieht, hat das ganze Notenbündel seinen Besitzer gewechselt. Ein anderer Trick besteht darin, dass die Jacke eines Passanten mit einer Flüssigkeit beschmutzt wird, ohne dass dieser es merkt. Darauf treten freundliche Personen auf den Plan und bieten ihre Hilfe an, um den Fleck zu entfernen. Der Betroffene zieht die Jacke aus, worauf einer der Ganoven ihn ablenkt und ein anderer blitzschnell sich des Portefeuilles in der inneren Jackentasche bemächtigt. Die Genfer Polizei hat die Öffentlichkeit vor solchen Trickdieben mehrmals ausdrücklich gewarnt.

Die bandenmässigen Diebstähle in den Warenhäusern und bei Grossverteilern werden mehrheitlich von jungen Zigeunern aus Bulgarien begangen.

Soweit zu den Vorkommnissen in der zürcherischen Landschaft und im Kanton Genf. Sie sind nur eine kleine Kostprobe dessen, was dank der EU-Erweiterung und unserer äusserst löcherigen Landesgrenzen noch auf uns zukommen wird. Im europäischen Osten und im Balkan leben Millionen von Roma, deren Vorfahren vor etwa tausend Jahren aus dem Nordwesten Indiens ausgewandert waren oder vertrieben wurden. Diese Zigeuner, welche an ihrer eigenen Sprache, Kultur und Lebensweise festhalten, sind nicht bereit, sich in die Gesellschaft der Gastländer zu integrieren, geschweige denn, sich zu assimilieren. Die Öffnung der Grenzen ermöglicht ihnen, künftighin in einem viel grösseren Umkreis ihre nomadische Lebensart zu pflegen. Polen, Tschechien, die Slowakei u.a.m. werden die Roma gewiss nicht an der Abwanderung hindern, ganz im Gegenteil. Begeben wir uns in die Sonnenstube der Schweiz, von wo das Sonntagsblatt «Il caffè» vom 9. Mai 2004 unter dem Titel «Parco macchine da veri

nababbi al campo Rom» (Ein Autopark wahrer Nabobs im Romalager) Interessantes zu berichten weiss. Das bei Gudo in der Magadi-noebene, am Fluss Tessin auf einem durch die starken Regenfälle sumpfig gewordenen Gelände gelegene Lager zeichnet sich durch seine zahlreichen grosszylindrischen Luxuskarossen neuester Bauart und oberer Preisklasse aus. Am besten vertreten sind die Marken Mercedes-Benz und BMW, welche den Nomaden als Zugpferd für ihre grossen Wohnwagen dienen und von denen «Il caffè» einige Modelle mit Preisangabe aufführt Mercedes-Benz M-Klasse zwischen 65'000 und 95'000 Franken; Mercedes-Benz SI350 – Cabrio ab 125'000 Franken; Mercedes-Benz CI500 ab 155'400 Franken; BMW 520d 85'000 Franken. Wie aus dem Foto zum Artikel ersichtlich ist, haben einige dieser Fahrzeuge französische Kontrollschilder. Auf ihre Direktionslimousinen angesprochen meinen die Roma untertreibend: «Alles in allem sind sie ein Teil unseres Zuhauses. Schliesslich dienen die grossen Autos zum Ziehen unserer grossen Wohnwagen.» Die Zigeuner zeigen gerne und mit Stolz ihren «Familienschmuck», denn für sie (und nicht nur für sie, um die Wahrheit zu sagen, Red. Il caffè) ist das Auto ein Statussymbol. Etwas ironisch meint das Tessiner Blatt: «Die einzige Option, die auf dem leuchtenden Armaturenbrett nicht vorhanden ist, ist der satellitengesteuerte Navigator. Wohin sie sich begeben müssen, wissen die Nomaden immer sehr genau.»

Soweit der Bericht, aus welchem sich folgern lässt, dass das Flickeln von Schirmen und Pfannen, das Korbflechten, das Schleifen von Scheren und Messern sowie das Wahrsagen äusserst einträgliche Metiers sein müssen, die es den Roma erlaubt haben, von einer klapprigen Schindmähre gezogene Planwagen auf eine Prestige-karosserie mit einem luxuriösen Wohnwagen im Schlepptau umzusteigen. In dieser Hinsicht ging effektiv ein Stück Zigeunerromantik verloren.

Diesen sentimental Verlust jedoch mit den vorher geschilderten Vorkommnissen in den Kantonen Zürich und Genf auch nur indirekt in Verbindung zu bringen, wäre allerdings nicht ratsam, denn dies könnte der «Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus», der «Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz» und anderen Gutmenschen gegen den Strich gehen und eine Klage kraft des Artikels 261^{bis} StGB (Antirassismus-Strafnorm) bewirken. M. Morf



Kanton Aargau



Für mehr Sicherheit der Bevölkerung

SD Aargau unterstützen Volksbegehren der Kantonspolizei

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau unterstützt die von der Kantonspolizei Aargau lancierte Volksinitiative für mehr Personal. Die Gewaltbereitschaft im Kanton Aargau hat ein Besorgnis erregendes Ausmass angenommen. Diese

Tendenz wird sich auch in Zukunft nicht im Geringsten ändern, wenn der Aargauer Kantonspolizei zukünftig Personal verweigert wird. Mit einem grösseren Polizeikorps sind die Sicherheitsorgane auch gegenüber der EU-Ost-Erweiterung – sprich auch importierte Kriminalität – gewappnet. Die SD Aargau vertreten den Standpunkt, dass die Aargauer Bevölkerung Anspruch auf eine umfassende Sicherheit hat, welche derzeit kaum mehr gewährleistet werden kann. Nach Meinung der SD Aargau ist ein grosser Teil der Aargauer Bevölkerung verunsichert und irritiert, denn Einbrüche, Diebstähle und andere strafbare Handlungen bis hin zu Mord und Totschlag haben ein erschreckendes Ausmass angenommen. Diese kriminellen Machenschaften gehören praktisch zur Tagesordnung. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger abends nicht mehr allein auf die Strasse wagen, dann ist die Zeit reif, dass gezielte sicherheitspolitische Massnahmen eingeleitet werden. Das Gefühl der Sicherheit kann der Bevölkerung nur dann zurückgegeben werden, wenn der Personalbestand der Kantonspolizei aufgestockt wird.

Erstaunlich für die SD Aargau ist auch, dass die beiden bürgerlichen Parteien SVP und FDP im günstigsten Moment (speziell vor Wahlen) für mehr Sicherheit der Bevölkerung werben. Bei Budgetdebatten im Grosse Rat sind es dann die gleichen bürgerlichen Parteien, welche aus finanziellen Gründen mehr Personal bei der Kantonspolizei blockieren. Die Sicherheit der Bevölkerung hat für die SD Aargau absolute Priorität und darf auch etwas kosten. Sie ist nicht mehr zum «Nulltarif» zu haben.

SD Aargau, René Kunz

Anzeigen










Wollen Sie Ihre Buchhaltung bei einem SD-Mitglied erstellen lassen?

Wir erstellen Buchhaltungen und Steuererklärungen in allen Kantonen. Vom Honorar gehen 10 Prozent in die SD-Kasse. Unverbindliche Anfragen an:

Kurt Koller (SD-Zentralkassier)

Treuhandbüro:
Koller Buchhaltungen und Revisionen AG, 9620 Lichtensteig
Tel. 071 988 50 88

Veranstaltungskalender

	Schweiz	1. August-Feier in Basel (siehe Seite 5)
Kanton	Sektion	Veranstaltung
	AG Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
	BL Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
	BS Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
	BE Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der Höck findet in den Monaten Juli/August 2004 nicht statt. Ab September jeweils Höck am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz. Das Bräteln findet am 9. Juli statt. Anmeldungen bis 2. Juli an Ch. Seiler, Tel. 031 971 28 09 Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
	LU Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern; GV 8. Mai 2004, 19.30 Uhr, Rest. Schützenhaus, Schulungsraum, 3. Stock, Allmend, Luzern
	SG Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 30. Juni (Juli kein Stamm), 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden
	OW NW Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
	ZH Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

 **Kanton Bern** 

Stadtsektion Bern

SD Bern startklar

An der gut besuchten Hauptversammlung im Restaurant Bären in Bümpliz herrschte Aufbruchstimmung. Einstimmig wieder gewählt wurden der bisherige SD Parteipräsident, Grossrat Hans Peter Riesen, die Vizepräsidenten Walter Krebs und Dieter Beyeler, sowie als Verantwortliche der Buchhaltung Lydia Riesen.

Hauptthema des Abends war die von der Vollversammlung einstimmig befürwortete Gemeinderatskandidatur von Vizepräsident und a. Stadtrat Walter Krebs. Der ebenfalls anwesende Nationalrat Bernhard Hess zog seine in Aussicht gestellte Mitkandidatur zurück, um die volle Unterstützung der Partei für die Kandidatur von W. Krebs zu gewährleisten.

Das Wahlziel für 2004 ist eine gut präsentierende Stadtratskandidatenliste mit starken Persönlichkeiten, welche ermöglichen sollten, mindestens drei bis vier Stadratsitze zu gewinnen um somit Fraktionsstärke zu erreichen.

Die Schweizer Demokraten haben, im Gegenteil zu den anderen bür-

gerlichen Parteien, in jeder Hinsicht als einzige Partei bisher immer Wort gehalten, und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Es darf gehofft werden, dass dem Stimmvolk endlich klar wird, welchen Parteien man in Zukunft trauen kann. Die SD sind daher nach wie vor ein Garant für eine gradlinige und ehrliche Politik.

Erfreut konnte zur Kenntnis genommen werden, dass der Mitgliederzuwachs sich erneut auch aus jüngeren Neumitgliedern rekrutiert. Demzufolge drängte sich eine entsprechende Vergrösserung des Vorstandes auf.

Zu den bisherigen Vorstandsmitgliedern, Monika Leu, Nora Gagg, Robert Meyer, Bernhard Hess, Karl Brodmann, Bruno Michel, Willy Schüpbach, wurden neu dazugewählt: Andreas Wenger, Charles Baumgartner und Adrian Pulver (JSD). Somit besteht der Vorstand der SD Bern aus vierzehn Vorstandsmitgliedern inkl. Geschäftsleitung.

*SD-Stadtsektion Bern,
Dieter Beyeler, Stadtrat, Pressechef*

 **Kanton Thurgau** 

SD zum Volks-Nein zur Lockerung der «Lex Friedrich» im Thurgau

Keine Partei hat Referendumskomitee eingeladen

Wir danken den Menschen im Thurgau für den Gang zur Urne und für die differenzierte Bewertung der «Lex Friedrich»-Vorlage der Regierungsparteien und jener an der Macht!

Über 7000 Franken Steuergeld für Pro-Werbung

Über 7000 Franken Steuergeld erhielt das Ja-Komitee der Regierungsparteien für Pro-Werbung. Unser Referendumskomitee aber hat jeden Franken für die Unterschriftensammlung und den Abstimmungskampf bei den einfachen Menschen und Arbeitern zusammengebettelt. Der grosse Einsatz wurde in der Freizeit und gratis von Idealisten geleistet; obwohl kein einziger auch nur einen Franken von der abgewiesenen «Lex Friedrich»-Vorlage profitieren kann (wie etwa die Boden- und Bauspekulanten auf der anderen

Seite). Alles wurde für unser Land geleistet, von Idealisten! Leider gibt es davon immer weniger, ihr Einsatz sei auch an dieser Stelle herzlich verdankt!

Betrübliche CVP-Unterstellung!

Allein schon der Begriff «Personen im Ausland» mobilisiere bei den Gegnern des Ausverkaufes gewisse Kreise, schrieb CVP-Kantonsrätin Carmen Haag von Stettfurt. Sie meinte damit natürlich ausländerfeindliche Kreise. Solche Vorwürfe haben viele Bürger mehr als betroffen gemacht! Hoffen wir nun, dass die Bodenpreise und damit die ganzen Lebens- und Produktionskosten im Thurgau keinesfalls weiter steigen – viele haben alleine schon wegen der EU und EU-Osterweiterung in der kommenden Zeit ein mehr als ungutes Gefühl im Magen. Sie fürchten den Verlust von Arbeitsplätzen ohne eine einzi-

ge Lohnerhöhung; genau das aber könnte mit höheren Bodenpreisen eintreten...

Mehr Demokratie, verehrte Damen und Herren...

Keine einzige Partei hat unser Referendumskomitee zur Parolenfassung eingeladen. Normalerweise darf ein Komitee bei den Parteien die Argumente auf den Tisch legen, dann erfahren auch die restlichen Bürger via Zeitungen, Radio und Fernsehen die Argumente der anderen Seite – echt demokratisch. Doch diesmal haben die Bürger nichts auf diese Weise erfahren. Es gab auch keine Pro- und Kontrasendungen am TV und Radio! Unser SD-Referendumskomitee dankt den Zeitungen, die wenigstens den einen oder anderen Leserbrief oder

vielleicht einen kleinen Bericht von einer Medienkonferenz an die Leser weitergeleitet haben. Wen wundert, dass unter solchen Umständen immer weniger Bürger eine Zeitung abonnieren oder einen «Landessender» anwählen? Diese Abstimmung hat allen einmal mehr gezeigt, dass freie, möglichst breite Information – gemäss unserer Verfassung – Teil einer gesunden Demokratie sein müsste. Dies zum Wohle aller. Wir danken allen Demokraten und allen Bürgern, die demokratisch und fair für unser Land eintreten. Wir wünschen Ihnen Kraft und Mut zum Durchhalten für die Zukunft unserer Kinder und unseres kleinen Landes!

*Referendumskomitee
Schweizer Demokraten, Thurgau*

 **Kanton St. Gallen** 

Wo ist der B-24 Bomber geblieben?

Ideal

- für Geschichtsinteressierte (Zweiter Weltkrieg)
- für Bergwanderer (2 x 5 Std. Marsch)
- für Alteisensammler (je nach Kraft und Ausdauer)

wurden von unserer Fliegertruppe vom Alliierten-Kriegsrat gekauft. Unsere Übung befasst sich mit einem sogenannten «verschroteten» Flugzeug. Verschrottet nannte man nicht nur die abgewrackten, sondern auch diejenigen, die im unwegsamen Gelände abgestürzt sind. So wurde vor zwei Jahren bei Connors im Prättigau der US B-24 Bomber «Bim Bam Bola» aus einem Moor befreit und definitiv entsorgt. Unser Ziel ist es nun, eines der letzten aktiven Kriegszuge in der Schweiz zu finden.

Während des Zweiten Weltkrieges sind über zweihundert Deutsche und Alliiertenflugzeuge in der neutralen Schweiz gelandet oder zerschellt. Die meisten wurden nach Kriegsende (Aug. 1945) zurückgegeben oder «verschrottet». Wenige

- Am: Samstag, 10. Juli 2004 bis und mit Sonntag, 11. Juli 2004
- Treffpunkt: 9.00 Uhr in Klosters Dorf beim Bahnhof
- Kosten: Fr. 60.– (definitiv angemeldet ist nur wer einbezahlt hat) Jugendliche unter 20 Jahre Fr. 40.–
- Geboten wird: Fachkundige Führung zum Bomber, Nacht- und Morgenessen, Brennholz, Biwakplatz
- Mitnehmen: Ideal Armeeausrüstung, Winterausrüstung, Bergschuhe oder Ordonanzschuhe, Schlafsack mit Hülle und Unterlage, Ersatzwäsche, Badehose, Taschenlampe und gute Laune

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung unter Tel. 071 278 06 72

----- ✂ -----
Anmeldetalon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

Ort, PLZ: _____

Tel. / Natel: _____

E-Post: _____

Bitte diesen Talon einsenden an: Roland Uhler, Lenaustrasse 19, 9000 St. Gallen oder per E-Post an: ruhler@freesurf.ch



Kanton Thurgau



Rüstungsprogramm 2004

Eine Frechheit des Bundesrates

Das eben vorgestellte Rüstungsprogramm 2004 für 647 Millionen weisen wir im Namen des Volkes und der Verfassung unseres Landes mit grosser Entrüstung und Vehemenz zurück. Wozu braucht unser neutrales Land plötzlich 12 Minenrämpanzer für 129 Millionen? Wo gibt es in der Schweiz eine einzige Mine, die geräumt werden müsste? Ebenso Kopfschütteln erzeugen die zwei Transportflugzeuge C-295M für 109 Millionen – wohin

soll denn unsere neutrale Schweiz im kleinen Lande derartige Transporte ausführen? Das Rüstungsprogramm 2004 ist darum mehr als eine Frechheit gegen Volk und Verfassung! Unser Land soll mit diesen Rüstungsmitteln in grossen europäischen und internationalen Verbänden mitwirken, das ist doch offensichtlich und eine unerhörte Zumutung für Steuerzahler und Schweizervolk!

SD Thurgau, kant. Parteileitung

...sagen nur die halbe Wahrheit!

Viele plädieren, schreiben und schwärmen für einen EU-Anschluss. Natürlich gibt es «Fans», die leider total einseitig informiert sind! Das ist für unsere Demokratie und Freiheit sehr gefährlich! Viele haben nur das eine EU-Ziel der Linken und Internationalisten im Auge: Aufhebung aller nationalen Staaten und Grenzen zwecks Errichtung eines grossen, «sozialen» und linken Reiches. Die Heimat vieler Menschen soll aufgehoben werden, verschwinden. Unsere Nation, unsere nationalen Rechte und unsere Eigenständigkeit sollen im internationalistischen Meer versenkt werden.

Was aber bedeutet ein EU-Anschluss, auch in Stufen, für unser kleines Land? Mehr Menschen werden über offene Grenzen einwandern, mehr reiche Rentner aus ganz Europa werden unsere Mieten, Boden- und Immobilienpreise dank Nachfragesteigerung hochtreiben. Unser Land und jede Art Produktion werden dadurch noch teurer. Natürlich muss bei mehr Menschen mit einer Mehrbelastung der Umwelt (Verkehr, Abwasser, Abluft, Lärm usw.) dringend gerechnet werden – was wiederum Leben und jede Produktion verteuert! Auslagerungen von wertvollen Arbeitsplätzen sind die Folgen! Wir verlieren so nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch viel Lebensqualität!

Dass so auch eindeutig Löhne sinken werden, liegt auf der Hand! Wenn sich noch mehr Arbeitswillige um einen freien Arbeitsplatz

bemühen, sinken die Löhne, die Arbeitsbedingungen werden härter! Warum verheimlichen uns dies die Gewerkschaften? Sind ihnen linksideologische Ziele wichtiger als das vorgetäuschte Wohl der Werktätigen? Ab Mitte 2004 haben Leute – allein Deutschland hat über 4 Millionen Arbeitslose – das Recht, in der Schweiz zu arbeiten! Schon bald werden die EU-Oststaaten nachziehen. In Rumänien verdient ein ausgezeichneter Elektromechaniker bestenfalls 200 Franken im Monat; da darf es uns doch nicht wundern, wenn Firmen danach trachten, die «Sparpotenziale» auszuschöpfen! Zugleich müssten wir Milliarden von Franken an die EU-Zentrale in Brüssel abliefern. Langfristig ist das Bankgeheimnis im Visier der EU-Technokraten. Das hiesse, weniger Gelder würden in unser Land fliessen. Zinsen und Hypotheken müssten steigen. Wohnungen, Liegenschaften, Installationen und jede Art Produktion würden nochmals empfindlich teurer. Unser Land würde also noch mehr Arbeitsplätze verlieren. Die Arbeitslosigkeit nähme erneut und massiv zu – heute schon haben wir weit über 200'000 Arbeitslose und über eine halbe Million Ausgesteuerte (Sozialfälle)! Darum unterstützen Schweizer Demokraten das Referendum zu den Verträgen. Das Volk soll eingehend prüfen können, was unsere Politiker in Brüssel ausgehandelt haben und notfalls eben die Bremse ziehen.

SD Thurgau, kant. Parteileitung

China geht das Wasser aus!

Obige Schlagzeile in den Vorarlberger Nachrichten musste Aufmerksamkeit erregen. China bedeutet immerhin fast ein Viertel der Erdbevölkerung; Grund genug, sich die Meldung genauer anzusehen. *«Der gelbe Fluss steht in seiner Mündung während vieler Tage im Jahr (vor vier Jahren waren es 210 Tage) völlig trocken. Nebst technischen Mängeln in den Anlagen der Wasserversorgung wird die Verschwendung und die wachsende Umweltbelastung beklagt. Landesweit sind 700 Flüsse verschmutzt. 60 Milliarden Tonnen Abwässer gehen ungereinigt in die Flüsse.»*

Nach Schätzungen der Weltbank soll der Wasserverbrauch von Chinas Städten und seiner Industrie in den nächsten 10 Jahren um weitere 60 Prozent zunehmen.

Worldwatch-Institut warnt

70 Prozent des chinesischen Getreides stammt von bewässerten Feldern (in den USA sind es 15 Prozent). Da bereits heute jährlich 30 Milliarden Kubikmeter Wasser für die Landwirtschaft fehlen, werde China gezwungen sein, zunehmend mehr Getreide einzuführen. Das aber werde steigende Weltmarktpreise mit schlimmen Folgen für die Importländer bedeuten. Wir haben uns schon fast an die Meldungen über Hungersnöte in riesigen Gebieten der südlichen Hemisphäre gewöhnt. Dabei potenzieren sich die Faktoren Wassermangel und kriegerische Auseinandersetzungen zu einem dramatischen Mix.

Das zähe Ringen im Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern dreht sich zu einem schönen Teil um die knappen Wasservorräte in dieser Region. Davon allerdings dringt nur wenig ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Auch nicht über die Hintergründe, nämlich die scheinbar unaufhaltsam wachsende Bevölkerung und die Wandlung der ursprünglichen Kultur in die westliche Verschwendungszivilisation.

Die Studie «Global 2000»

war von Präsident Carter 1977 in Auftrag gegeben worden. In ihren Schlussfolgerungen wurde gewarnt:

«Wenn sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen, wird die Welt im Jahr 2000 noch überbevölkert, verschmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen anfälliger sein als heute.»

Und da stehen wir jetzt!... und es geht weiter in China, in Afrika, im

Vorderen Orient und in der Schweiz.

Schon vor über 25 Jahren forderte Prof. Manshard (Geographische und Naturforschende Gesellschaft, Bern) in einem Programm, geordnet nach Dringlichkeit:

- Schutz des Ökosystems gegen weitere Zerstörung;
- Schutz des Bodens vor Auslaugung und Erosion;
- Bekämpfung der Verschmutzung der Umwelt und der Küstengewässer.

Dazu brauche es den Stopp des Bevölkerungswachstums und die Stärkung der Volkswirtschaften der betroffenen Länder.

Auch Professor Hoimar von Ditfurth wies 1983 darauf hin, dass bereits täglich eine Pflanzen- oder Tierart aussterbe und – so prophezeite er für das Jahr 2000 – in 18 Jahren stündlich eine Art verschwinden werde.

Und da stehen wir jetzt!... und es geht immer weiter!

Aus den damaligen Ausführungen von Professor Ditfurth ein Zitat zur Illustration unserer heutigen Situation:

Die Katastrophe steht nicht bevor, sie hat schon begonnen. Es ist mir unverstänlich, dass die Bevölkerung noch nicht in Panik geraten ist. Die Lösung existentieller Probleme hat leider in der Kunstwelt der Politiker keinen Platz, obwohl ersichtlich ist, dass die Menschheit heute die Quellen künftiger Nahrungsmittelproduktion zerstört. Die Welt ist schon hoffnungslos überbevölkert. Es gibt kein ökologisches Problem, das nicht mit der Überbevölkerung zusammenhängt.

Die Schweiz, das Wasserschloss Europas

Weltweit gesehen, nimmt die Schweiz als «Wasserschloss Europas» eine eigentliche Ausnahmestellung ein.

Die Beschaffung von Trinkwasser ist noch kaum ein Problem. Es gibt viele Quellen und Grundwasserströme; die Verschmutzung der Oberflächengewässer hält sich in Grenzen. Dank der Alpen versiegt die Zufuhr von Wasser noch nicht; von Wasser, das nach dem Passieren der Gesteinsschichten gereinigt und mit Mineralsalzen angereichert ist. Allerdings geben die schwindenden Wasservorräte, lies – die abschmelzenden Gletscher – zunehmend zu Sorgen Anlass.

Immerhin stellen wir eine zunehmende Belastung des Grundwassers fest. Es ist eine Folge der

Fortsetzung von Seite 10

Umweltverschmutzung und der immer dichteren Nutzung unseres Territoriums.

Geschäftstüchtige Zeitgenossen reiben sich die Hände

Die Tatsache, dass gutes Trinkwasser immer mehr zu einer Kostbarkeit wird, bleibt den Kaufleuten nicht verborgen. Der Autor dieser Zeilen hörte kürzlich im Kreise von Geschäftsleuten von Plänen, den Verkauf von Trinkwasser in Flaschen gross aufziehen zu wollen. Als mögliche Märkte gelten vorerst die bevölkerungsreichen Industriegebiete West-, Mittel- und Südeuropas. So verkauft «Coca Cola» bereits heute Hahnenwasser Marke «Dasani» für rund 2 Franken die Flasche, das die Firma für ungefähr einen halben Rappen aus einer öffentlichen Leitung abfüllt. Kein Gedanke wird dabei verschwendet an die Konsequenzen

mit einem erneut sprunghaft wachsenden Transport-Aufkommen. Wenn dann die Luft genügend verpestet sein wird, winkt das nächste Geschäft mit dem Verkauf von Atemschutzmasken und frischer Bergluft in Druckbehältern.

Halleluja – So sind wir!

Vor Jahren wurde im Beobachter eine «Kapuzinerpredigt wider den leichtsinnigen Selbstmord» publiziert. Ein Vers davon als Abschluss dieser Betrachtung:

*Die Bäche, die Flüsse, die Seen,
die Meere –
voll Oel und voll Unrat, sie stinken
sehre.*

*Ist das denn unser Gewässer
Zweck,*

*Kloaken zu werden für Menschen-
dreck?*

*Ihr Dummköpfe euch selber das
Wasser abgrabt,*

*bis ihr selbst keines mehr zu trin-
ken habt!*

Hans Spitz, Köniz

Zinserhöhungen 2004 der US-Notenbank angekündigt

Greenspan bereitet die Welt auf Zinserhöhungen vor

Kaum hat sich die Wirtschaft etwas erholt, sieht der fleissige Unternehmer also Land beim Schwimmen im unendlichen Schulden- und Zinsgeld-Ozean, kommt schon der erste eifersüchtige Bankier und erhöht ihm den Zins-Wasserstand, so dass allen Unternehmern der Grund unter den Füßen wieder schwindet und das Land in weite Ferne rückt. Also heisst es wieder kräftig weiterschwimmen, arbeiten bis zum Umfallen und nie aus der Schuldenfalle herauskommen. Mit dem einen Zauberwort «Inflation» hält man uns als ewige Zins-Sklaven gefangen.

Wie geht das vor sich?

Weil es der Wirtschaft anscheinend schon besser ergeht, obwohl dies nur durch den Bestelleingang und noch nicht durch die höheren Gewinne belegt ist, müssen scheinbar die Zinsen erhöht werden, um der Inflationsgefahr entgegenzuwirken. Dies ist ein absolut unbewiesener Quatsch. Es ist immer das gleiche Märchen von der Inflation, die kommen müsse, wenn es uns ein bisschen besser gehen könnte. Der einzige wahre Grund jedoch ist, dass uns die Banken dieses Bessergehen gar nicht gönnen können. Sie hüten eifersüchtig ihr Geld, so dass es nur ihnen den Gewinn in die Taschen spült und kaum den dafür verantwortlichen mittelständischen Un-



ternehmern. Sie setzen ihre Zins-schraube und Geldverknappung regelmässig dazu ein, dass den Unternehmern das Wasser immer bis zum Halse steht und sie nie Grund unter die Füße bekommen, um die alten Schulden wesentlich amortisieren oder gar ganz zurückzahlen zu können.

Die Logik im Bankengeschäft

Wenn ein Unternehmer das gleiche verdiente Geld für Schulden-Amortisationen und nicht für Zinsen ausgibt, so machen die Banken keinen Umsatz, sondern verlieren sogar Kundenpotenzial und damit

Gewinn. Also sorgen sie rechtzeitig mit dem Märchen der Inflationsbekämpfung dafür, dass der Unternehmer dasselbe sauer verdiente Geld für Zinsen der Bank abliefern muss und nicht für Amortisationen, also Schuldenverringerung ausgeben kann. Damit erspart sich die Bank das Suchen nach neuen kreditwürdigen Kunden, die schon so rar sind, dass man lieber bei den gewohnten alten, insbesondere beim Staat als Hauptschuldner bleibt.

Von den über 900 Mia. Schulden der Schweizer (bei 350 Mia. BIP) hat der Staatsapparat deren 200 Mia. gemacht. Also ist er der sicherste und grösste Zinsenzahler. 1 Prozent mehr Zinsen spülen den Banken nur vom Staat 2 Mia. in die Kassen (9 Mia. bei allen Schuldnern). Der Staat macht um die gleiche Summe neues Defizit und muss diese 2 Mia. als Neuverschuldung bei Banken aufnehmen. So dreht sich die Verschuldungsschraube fröhlich weiter. Schuld ist der von allen ersehnte Wirtschaftsaufschwung, der aber nur den Banken zur Zinserhöhung dient mit dem Märchen und der Keule der Inflationsbekämpfung. Es gibt keine Inflation, sondern nur Gewinnerhöhung, und die kann allen zugute kommen, nicht aber den Banken, diese würden dabei eben verlieren. Würde der Zins auf altem Niveau verharren und der Staat und die Wirtschaft würden tatsächlich einmal mehr einnehmen, so könnten sie ihre Schulden um diese 9 Mia. verringern. Die Banken bekämen dann bei weniger Schulden und geringerem Zins weniger Umsatz und Einnahmen in die Kassen und wüssten wiederum nicht, an wen sie dieses Geld sicher verleihen könnten. Bei Basel II ein zunehmend schwierigeres Unterfangen, kreditwürdige Kunden zu finden. Die Mittelständische Industrie ist gemäss Basel II nicht mehr kreditwürdig. Also müssen sie versuchen, uns alle an das Märchen von der bösen Inflation glauben zu lassen, dass wir mit dem gleichen Geld nicht die Schulden bei Banken verringern können, sondern netto ihnen weiterhin neue Zinsentnahmen und somit verzehrbaren Gewinn nur für sich alleine abliefern müssen. Dafür muss das Märchen mit dem Zauberwort «Inflation» erhalten. Es ist höchste Zeit, diesen Schwindel aufzudecken.

Seit 300 Jahren führen die freien Unternehmer und der Staat einen hoffnungslosen Kampf gegen das Geldwesen des Bankenmonopols. Auf der Basis des heute überall

herrschenden materiellen Gelddenkens erscheint der Kampf als endgültig verloren. Die Banken brauchen nur noch die Zeit abzuwarten, bis ihnen alle Güter und Werte aller Völker und Staaten durch deren enorme Verschuldung bei ihren Banken gehören. Nur wollen sie nach aussen nie als Eigentümer unserer Werte auftreten, sondern sie beherrschen uns sicherer und dauerhafter, wenn wir für alle Zeiten in ihrer Schuld stehen. Sie wissen, dass man besser nur Eigentümer ist und nicht Besitzer. Als Eigentümer der Schuldverschreibungen lebt es sich ruhiger und sicherer, jedoch als Besitzer ist man sichtbar und dadurch gefährdet. Diese Gefahr wird aber erst latent, wenn es dem Volk wie Schuppen von den Augen fällt, dass ihnen eigentlich das, was sie meinen zu besitzen, gar nicht gehört. Nur weil die Bank sie in ihrem verschuldeten Haus als Zinszahler und somit Sklave auf alle Zeiten wohnen lässt, haben sie ein sicheres Gefühl! Die Hypothek aber ist kurzfristig kündbar, also kein Ewigkeitsanspruch. Vorausgesetzt sie zahlen immer und ewig den Zins und bemerken nicht, dass sie nie Eigentümer werden können beim heutigen Zins- und Steuer-spiel. Es könnte beim Auffliegen dieses durchtriebenen Spiels eine handfeste Revolution ausbrechen, und dann gute Nacht liebe Banken.

Verstehen sie nun endlich, dass die Banken die eigentlichen Feinde und Gegner jeder gut gehenden Wirtschaft sein müssen, aus reinem Gewinnstreben für das Bankenwesen und seine durch sie beherrschten Wirtschaftsgiganten, die von den besitzenden Banken wieder zum Monopol gezimmert wurden?

Nur ein vollständig neues Geldwesen, wieder in den Händen des Staates, kann uns aus den Klauen der Banken befreien und unserer Wirtschaft ein profitables und geruhames Produzieren aller erforderlichen Güter für unsere gesamte Bevölkerung, auch für alle Rentner, problemlos erschaffen. Dieses neue Geldsystem heisst EURO WEG und basiert auf der Human-Wirtschaftslehre für gesättigte Märkte, in denen alles vorhanden ist, nur das Geld fehlt, um die gerechte Verteilung dieser Güter vornehmen zu können.

Hans Wieser, Biel

Der Leser hat das Wort

In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.



Nutzlose Antisemitismus- Konferenz

An der Antisemitismus-Konferenz der OSZE nahmen Vertreter von 55 Staaten teil. Es wurden Massnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus erörtert. Doch dass ausgerechnet die Juden selbst dem Antisemitismus am meisten Auftrieb verleihen, schien den 500 Konferenzteilnehmern vollständig zu entgehen:

– Die dubiosen jüdischen Anwälte Ed Fagan und Michael Hausfeld bereichern sich schamlos auf Kosten anderer und lügen ungestraft, während hierzulande Holocaust-Leugner ins Gefängnis müssen. Weitere Erpressungen seitens der beiden jüdischen Anwälte sind übrigens in Vorbereitung.

– Im Zusammenhang mit den sogenannten Holocaust-Geldern erpressten Juden die Schweiz, was selbst Dr. Sigi Feigl, Ehrenpräsident der Israelitischen Cultusgemeinde, in etwas abgeschwächter Form bestätigte.

– Die damalige Bundesrätin Ruth Dreifuss, in erster Linie Jüdin und Sozialistin und erst in zweiter Linie Schweizerin, setzte die Bergier-Kommission so einseitig zusammen, dass das Fazit des Berichtes nach der Ernennung der Mitglieder bereits feststand.

Laufend finden Gedenkfeiern für Holocaust-Opfer statt. Mit keinem Wort wird dabei erwähnt, dass gewisse Vorgänge in Israel ebenfalls gedenkwürdige Verbrechen wären, z.B. Exekutioner von Palästinensern ohne Gerichtsverfahren, Inkaufnahme von Tötungen Unbeteiligter bei solchen Aktionen, Zerstörung von palästinensischen Häusern, Enteignungen von palästinensischem Land für jüdische Siedlungen. Sind alle diese Vorgänge nicht zudem offensichtlich Teil einer Apartheid-Politik? Mit der UNO-Resolution 181 und gegen den Willen der Palästinenser wurde Israel 1947 auf deren Land gegründet. Sie ist auch ziemlich die einzige Resolution, welche von Israel anerkannt wird. Andere Resolutionen, wie z.B. solche bezüglich Menschenrechtsverletzungen, werden von Israel ignoriert, bzw. von den USA mit Rücksicht auf die jüdische Wählerschaft mittels Veto blockiert. Die Teilnehmer der Antisemitismus-Konferenz wären besser beraten gewesen, sich im Sinne der Ursachenbekämpfung mit den erwähnten Missständen auseinander zu setzen, anstatt nutzlose und kostspielige Symptombekämpfung zu betreiben.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Noch nichts gemerkt?

Im «Schweizer Demokrat» vom 5. Mai 2004 erschien ein Leserbrief von Thomas Sch. aus B., darin er sich betreffend «Amerika-Hetze» der SD beschwerte. Da greife ich mir wirklich an den Kopf, ist denn Thomas Sch. tatsächlich der Letzte, der merkt, was in Amerika abläuft?

Unter dem Titel «Terrorbekämpfung» soll die ganze Welt durch die USA terrorisiert und unterdrückt

werden. Amerika ist kein Menschenfreund, sondern ein grausamer Imperialist – siehe auch die Folterungen im Irak.

Amerika ist eine tödliche Weltgefahr und kümmert sich arrogant weder um Nationen noch um Menschenrechte – ich persönlich verurteilte die USA schon vor mehr als 20 Jahren, als die halbe Welt noch glaubte, die USA brächten das Heil. Man erinnere sich auch an die Bru-

talitäten während des Zweiten Weltkrieges – sie wollten auch – erwiesenermassen – möglichst viele zivile Opfer – dazu gehört auch das Bombardement der Lazarett-Stadt Dresden – oder die Atombomben, als schon Kapitulationsverhandlungen angeboten waren, und vieles, vieles mehr. Nicht irgendeine Nation ist für uns eine Gefahr, sondern einzig und allein ist die USA eine Gefahr, dass die

Welt in die Barbarei zurückfällt, gewisse Äusserungen von Exponenten sind erschreckend. Kaum bekannt ist, dass in den USA zahlreiche Konzentrationslager für missliebige Amerikaner unter strenger Geheimhaltung «bezugsbereit» sind. Wenn Thomas Sch. diesen Sadisten anhängen will, ist er bei der SD sicher in der falschen Partei.

Rudolf Lüthi, Hörhausen

Anmassungen

Im Oltner Tagblatt vom 12. Mai wird im Rahmen des sog. WTO von economie suisse scharfe Kritik an der Bundesratsstrategie bei den WTO-Verhandlungen geübt. Der Bundesrat konzentrierte sich zu sehr darauf, die Interessen der Landwirtschaft zu verteidigen. Die Schweiz solle sich aktiv, d.h. wohl ganz nachgeberisch, an den Verhandlungen beteiligen und nicht länger den Bremser spielen, als ob die Schweizer das bei den gescheiterten Verhandlungen in Cancun getan hätten. Das offizielle Bern halte sich aus Rücksicht auf die Landwirtschaft zurück. Diese Rechnung gehe nicht auf, es sei das ein Doppelspiel. Wahr ist, dass zahlreiche Länder den geforderten Liberalisierungen im Agrarmarkt im Hinblick auf die Auswirkungen auf ihre Landwirtschaft mit schweren Vorbehalten entgegentraten und die Welthandelskonferenz in Cancun scheitern liessen. Und warum denn? WTO, OECD und Weltbank sind internationalistische Organisationen, die auf nationale Regierungen ständigen Druck ausüben. Sie geben zwar vor, Ländern und Völkern Wohlstand zu bringen, stehen aber prinzipiell im Dienste einflussreicher Finanzmächte. Sie wollen, unbekümmert um Folgen in den betreffenden Ländern, möglichst viele Bereiche privatisieren, vollständigen Zollabbau, weltweit den sogenannten freien Markt, absolut freie Konkurrenz globalisierend durchsetzen, der derzeit angebeteten Ideologie des Neoliberalismus zum Durchbruch verhelfen. Eine erneut einzuberufende Welthandelskonferenz soll unbedingt erfolgreich sein. Es wird wieder einmal gedrängt: EU-Kommissar Fischler soll den geforderten Zollabbau in der Landwirtschaft durchsetzen. Das heute schwächste Glied in der modernen Wirtschaft, die schon ums Überleben kämpfenden Bauern, soll durch Zollabbau noch mehr unter Druck gesetzt werden, und es sollen im Gefolge weitere sogenannte Reformen über sie her-

einbrechen, was nichts anderes mehr bedeutet als Strukturzerstörung, d.h. Auflösung Hunderter von Höfen. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts sind auch bei uns grosse Anstrengungen getätigt worden, um die Landwirtschaft in jeder Hinsicht den heutigen Anforderungen anzupassen, vor allem auch der Ausbildung für Betriebsführung zu genügen. Es sind in grosser Zahl und den gegebenen Verhältnissen entsprechend Familienbetriebe geschaffen worden, die für eine Mindestversorgung mit Lebensmitteln im Land durchaus befähigt sind und zudem, und im Gegensatz zu industriell geführten Grossbetrieben, auf Ökologie, Landschaft und Tierschutz noch besser Rücksicht nehmen können. Billigstanbiern und Niedrigpreisdiktaten, die nicht einmal mehr den erforderlichen Aufwand decken, vermögen sie jedoch nicht standzuhalten. «Stirbt der Bauernstand, so stirbt das Land» wird wohl weiter gültig sein. Hinter Zollabbau, Privatisierung und hemmungsloser Konkurrenz, genannt freier Markt, verbirgt sich aber noch etwas ganz anderes:

Zunehmend die Kontrolle über noch souveräne Länder zu gewinnen, sie fügsam zu machen, von aussen nackte Macht ausüben zu können, am Ende nicht bloss Volksrechte und Demokratie zum Verschwinden zu bringen, sondern die Staaten überhaupt. Die Vertreter einer neoliberalen Wirtschaft massen sich zunehmend totale Macht an, und das dient keinesfalls dem Wohle der Völker, wie uns weis gemacht wird, sondern nur den Finanzkreisen. Kürzlich hat ein Vertreter des Nestlé-Konzerns, der doch in der Schweiz entstanden und allmählich zu internationaler Grösse herangewachsen ist, uns Eidgenossen empfohlen, wir sollten doch zu Gunsten der Wirtschaft unsere demokratischen Rechte aufgeben. Deutlicher kann man es kaum noch sagen, was diese Herrschaften im Schilde führen.

Dr. M. Disteli, Olten



Sang, torture et cendres – Crimes de l'humanité



Mary Meissner,
Vernier

Nos medias ont de nouveau à se mettre sous la dent les sévices et autres horreurs iraqiennes. Cela n'a cependant pas commencé en Iraq. Il y a eu d'abord l'Afghanistan tout proche, la Tchétchénie passée sous silence, et plus en arrière encore, les camps nazis, la guerre d'Algérie et ses tortures, les asiles psychiatriques de l'URSS, les camps nippons pour les forçats des routes et des ponts, et parcourant le temps à l'envers, les terribles tranchées et les gaz de la Seconde Guerre mondiale, et les tueries de Katyn et Palmyra, les fosses communes du Kosovo, le viol des femmes au Soudain et au Rwanda, les génocides arméniens et cambodgiens, et le terrorisme qui n'a jamais

cessé, soutenu par des groupes comme l'IRA ou l'ETA. La seule chose qui diffère maintenant, c'est la rage d'accuser et de chercher des coupables, les photos dans les médias, et l'envie de faire justice contre les bourreaux.

Mais déjà en 1898, le sang et les cendres ont recouvert la terre africaine. Les crimes d'Etat se sont justifiés grâce aux têtes couronnées comme ce fut le cas pour la colonisation du Congo par Léopold II qui lança ses sbires contre des peuplades qui vauquaient tranquillement à leurs affaires. Ses conseillers militaires firent couper des têtes par milliers et les plantèrent sur des poteaux autour de leur cases pendant que le roi invitait les nantis dans ses superbes serres payées par le sang des Congolais. Tous les colonisateurs comme les Anglais aux Indes et en Australie, les Espagnols en Amérique, les Allemands en Namibie où ils liquidèrent 60'000 Hereros qui avaient osé se révolter contre leurs occupants, les Hollandais et leurs Boers en Afrique du Sud, ou les

Français en Algérie dont le peuple paie encore aujourd'hui les suites de cette «libération», doivent avoir un goût de cendre dans leur bouche en cœur qui réclament justice pour les exactions commises sous leur nez à Faloudja, et cela au nom de la liberté et de la démocratie. Les colonisateurs eux aussi prétendaient comme Bush combattre la sauvagerie, l'illettrisme, le Mal et oh! horreur, les adorateurs de dieux paiens. Liberté que de crimes on commet en ton nom!

Ily a aussi les mains coupées en Arabie Saoudite, la lapidation en terre d'Islam et les harems-prisons pour les femmes qu'on oblige à vivre sous des amas de tissus disgracieux, il y a l'excision de millions de fillettes handicapées à vie, esclaves de mœurs primitives que les colonisateurs ont superbement oublié d'éradiquer. Combien d'hommes et de femmes sont morts d'exhaussement pour construire des ouvrages monumentaux à la gloire des possédants?

Pour tous ceux qui gesticulent en vouant aux gémonies les cow boys

américains, je conseille de ne pas en faire trop vu ce qui précède. Que la Suisse qui n'a jamais eu de colonies s'en mêle, c'est assez logique, mais ce ne sont pas ses médias qui font le plus de bruit. La Croix Rouge, elle aussi a essayé de ne pas dépasser les limites de la décence, mais dans notre époque médiatisée à outrance, c'est demander l'impossible. Les gens englués de jeux informatiques et de lotos ressemblent aux Romains qui demandaient dans les arènes du sang et des punitions honteuses, hurlant de concert comme dans les stades aujourd'hui. Nos élus ne comprennent toujours pas qu'ils devraient prendre modèle sur ce qu'il y avait de mieux dans le passé afin d'éviter un chaos programmé après chaque intervention expliquant la nécessité d'améliorer l'existence du genre humain. Avec leur désir insensé de vouloir tout chambarder comme le préconisent les socialistes, c'est renier le bon sens, la logique et les bases de l'âme humaine: *l'honneur, la fidélité et le dévouement.*

Exemple papal

Le principal commentaire fait par les médias concernant le dernier livre de Jean Paul II., c'est qu'il avoue avoir eu très envie de devenir acteur de théâtre. Son vœu s'est donc réalisé, puisqu'il joue son rôle de pape à merveille sur le plus grand théâtre du monde et son public attentif et silencieux, applaudit ses discours intelligents et ne ressemble en rien aux masses d'hoologans hurlant sur les stades pour porter aux nues les pieds noirs d'un quelconque gulu acheté à coups de millions pour qu'il vienne défendre les couleurs d'un pays qui n'est pas le sien.

Ce théâtre lui permet de revêtir les plus belles chasubles, de porter la tiare réservée aux élus, ceci dans des décors d'or et d'argent, avec des chœurs dont les chants traversent les siècles et de plus il a sa garde personnelle, ses cardinaux, ses évêques habillés de pourpre et ses nonnes, alors que ses fidèles

achètent régulièrement leurs billets à la caisse paroissiale. D'autres viennent lui demander de prendre sa retraite. Mais voyons! Il a le droit de vouloir décider de le faire à son heure ainsi que le demandent les citoyens suisses qui veulent une retraite à la carte. Il y a même eu protestation dans certaines communes qui refusaient de prolonger le mandat d'édiles ayant dépassé la septantaine. Et d'autre part, n'y a-t-il pas un regain d'intérêt pour l'engagement de personnes handicapées dans la vie économique, car être en fauteuil roulant ne veut pas dire perte d'intelligence ou de raisonnement.

Reprocher au pape de faire écrire ou lire ses homélies par ses secrétaires ou autres prélats n'est pas une tare. Plusieurs écrivains contemporains sortent des livres écrits pas des nègres et j'en connais qui sont plus âgés que le pape.

Bref, j'ai été baptisée catholique et je suis polonaise par mariage com-

me Jean Paul II., mais je suis devenue athée donc en aucun cas je ne défends les prérogatives d'un hom-

me d'église, mais j'aime rendre à César ce qui est à César.

Comtesse Mary lubicz Meissnerowa

Un autre exemple de justice plutôt dégueulasse

La Cour de Cassation a annulé le jugement du Gitan yougoslave qui avait écopé de six ans de réclusion pour avoir obligé ses enfants à commettre des cambriolages en Suisse et ceci uniquement parce qu'il n'y a pas eu de confrontation avec les personnes qui l'accusent. Il paraît qu'il s'agit là d'un droit fondamental parfaitement idiot, lorsqu'on sait que ces gamins et gamines âgés de 8 à 14 ans, ont cambriolé plus de cinquante appartements et villas. Installé à Paris ces tziganes originaires des Balkans ont commis entre 1999 et 2000 plus de 4700 délits.

A Ville-la-Grand on a retrouvé huit kilos de bijoux d'une valeur de

deux millions de francs, provenant de 83 cambriolages uniquement à Genève. Pour le reste de la Suisse, on a pu imputer à ce chef de clan qui obligeait ses six enfants à voler, 161 cambriolages. Il a été relaxé pour vice de FORME. Et alors que fait la justice devant les FAITS qui sont avérés? Dégueulasse!

Et cela continue à Zurich où d'autres étrangers ont volé pour plus de 600 mille francs de lingerie fine, une bagatelle que les bandits paieront par quelques mois de prison et une expulsion fort aléatoire puisqu'ils reviennent dans le mois qui suit. Nos frontières? Quelle passeoire.

Octopus

Raison de désespérer

Chaque jour apporte son content de nouvelles portant sur les plus noirs côtés de l'existence. J'aimerais ne plus lire de journaux ou écouter la radio, sans compter regarder la télévision, car je vivrais plus détendue et inconsciente des turpitudes de ce monde. Mais je ne le peux pas. Ces informations sont une drogue journalière et chaque faits divers me conforte dans la haine du laxisme, de l'intolérance, des combines foireuses et des remarques fielleuses. La dernière en date c'est la question du terrorisme et naturellement de l'islam. De bonnes âmes charitables et bornées s'empressent de tout expliquer à l'amiable, minimisant les actes les plus horribles et niant des tortures avérées.

Mais le laxisme de nos autorités vis-à-vis des musulmans qui s'installent chez nous sans bruit, fait le lit du terrorisme islamiste. En laissant les arabes acheter nos hôtels facilitant le séjour de leurs compatriotes, en autorisant l'ouverture

de leurs banques aux comptes cachés, en admettant le port du voile insigne d'insubordination, en réservant dans nos cimetières des carrés tournés vers la Mecque, en important de la viande hallal et ne contrôlant pas l'égorgement des moutons dans les salles de bains, en accordant des permis de construire aux imams pour l'ouverture de leurs mosquées et de leurs écoles, et surtout en ouvrant les colonnes de nos journaux aux ulemas subversifs prônant la lapidation, c'est admettre une future islamisation de l'Occident et le retour des infidèles de l'empire ottoman.

Le rapport accablant d'Amnesty qui dénonce les violences familiales en Turquie: coups, tortures morales et agression physique des femmes, viols et mariages décidés par le clan, et l'inaction des autorités et de la police qui refuse d'enregistrer les plaintes concernant souvent des meurtres rituels, prouve s'il en était besoin, l'extrême prudence que l'U.E. doit

avoir avant d'accepter ce pays en son sein. Leur cinquième colonne est déjà en place à travers les millions de ressortissants musulmans qu'il pourra réveiller lorsqu'ils seront assez nombreux pour imposer la charia.

Dans nos rues il y a déjà des dealers de cocaïne africains arrêtés chaque jour partout en Europe, chez nous hier seulement 4 à Cornavin, 2 Guinéens aux Avanchets, 3 Somaliens qui ont frappé à mort un Suisse pour lui voler ses cartes bancaires, 3 Marocains et 1 Algérien au Grand Lancy sans papiers d'identité, mais assis sur des objets volés, véritable caverne d'Ali Baba plus des milliers de francs et les demandeurs d'asile hébergés dans des foyers comme à Bernex ou Vernier où ils cambriolent les villas.

Dans ces faits divers, pas un seul Suisse et l'on nous trompe en affirmant qu'il y a autant de citoyens helvétiques que d'étrangers dans nos prisons. A-t-on une seule fois donné une autre statistique: celle du nombre de musulmans impliqués dans ces brigandages, ce manque de respect, totalement dénués de scrupules parce que leur reli-

gion leur dit que les chrétiens occidentaux sont tous à abattre d'une manière ou d'une autre.

Les vols et autres délits augmentent proportionnellement au nombre d'étrangers dont la majorité sont des musulmans qui envahissent nos régions.

Mais quand nous allons chez eux ils nous interdisent d'acheter des propriétés, d'ouvrir des firmes sauf si nous y sommes minoritaires, de construire des églises, de porter ostensiblement une croix, pour les femmes, elles doivent porter des manches longues et pas de pantalons, pas de conduite de voiture sans un chauffeur, et surtout pas d'arrêts au restaurant ou café sans un mentor. L'excision est obligatoire pour les fillettes traumatisées à vie, et la réputation n'est autorisée qu'aux hommes.

Bref, je supplie notre gouvernement, et toutes les femmes avec moi, de stopper l'afflux de réfugiés, d'asiliants ou de spécialistes informaticiens et de filtrer ceux qui sont musulmans avant qu'il ne soit trop tard. Rappelez-vous que les USA l'ont payé très cher le 11 septembre 2002. *Charlotte Morel*

Patatras

Et voilà. Nous avons prévu que l'entrée de 10 pays dans l'U.E. n'était pas une bonne idée, mais une catastrophe. Voilà à peine cinq jours qu'ils sont redevenus «européens», que les mieux lotis montrent des dents. Et vis-à-vis de qui? de la Suisse bien sûr. La Pologne, la Tchékie et la Hongrie sont venus renforcer le Luxembourg et l'Espagne qui rechignent à finaliser les accords bilatéraux II jusqu'à ce que notre pays renonce à son secret bancaire (enfin disons plutôt les propositions suisses au sujet des versements concernant la péréquation des intérêts bancaires). Le comble de l'ironie c'est le fait que nous avons aidé financièrement ces pays avant, pendant et après la Seconde Guerre mondiale. Nous avons versé non seulement des subventions, mais accepté d'héberger leurs réfugiés pendant des années. Ils n'ont même pas la reconnaissance du ventre, ni une attitude de respect déontologique.

De plus, l'U.E. s'attaque maintenant à la population suisse qu'elle traite en bloc de voleurs, parce qu'en acceptant des étrangers riches s'installant sur son territoire pour bénéficier d'impôts plus légers, ils privent leur pays d'origine

d'une manne financière dont ils ont grand besoin. A noter que nous autres citoyens ne tirons aucun bénéfice de toutes ces embrouilles et que nous devons plutôt subir l'augmentation des prix immobiliers, le manque d'appartements ou de villas et que nous n'avons aucun intérêt à faciliter ces déplacements. Ces gens sont libres de choisir leur lieu de résidence et d'autre part on ne les voit pas, on ne les entend pas, on ne les entretient pas, et ils n'agressent pas notre jeunesse en polluant notre environnement de violence et de drogues. Décidément, en devenant la cible privilégiée de l'U.E. qui nous accuse de tous les maux engendrés chez eux, la Suisse est devenue le parfait bouc émissaire à abattre.

Alors pour qu'elle s'écroule vraiment, l'U.E. choisit ce moment de dettes effroyables pour exiger une participation au fonds du Grand Marché (pour le moment virtuel) à raison de 200 millions de francs par année. Or que voit-on? Les dix nouveaux pays pauvres estiment (déjà) que ce n'est pas suffisant et ils demandent 350 millions. Qu'est-ce que c'est que cet opéra-bouffe?

Maria de Seimners

Le Pilori

Nouveau chantage

Maintenant c'est l'UE qui prend modèle sur les Fagan, Eizenstat et Bronfman, pour obliger notre pays à payer, toujours payer. Ne nous étonnons pas dès lors, que nous ayons des dettes abyssales qui ruinent notre pays l'empêchant de «décoller» sur le plan économique. L'UE a donc trouvé le meilleur moyen de chantage pour que la Suisse participe à la construction européenne quoique n'en faisant pas partie. La taxe sur les réexportations ont fortement pesé dans la balance, et pour ne pas destabiliser nombre de maisons transformant et emballant des marchandises produites à l'étranger, ce qui aurait mis en péril le fragile équilibre que nous réussissons à maintenir, nos délégués ont accepté de verser 1 milliard de francs à Bruxelles parce que nous aurons la possibilité (comme si nous ne l'avions pas déjà), de commercer avec les dix nouveaux membres de l'UE. Espérons que nos banques de nouveau attaquées aux USA, sauront se défendre. En tous cas elles ont obtenu de garder le secret bancaire à la signature des bilatérales, vu que le Luxembourg a obtenu la mêmes exceptions.

Restons dans les gros sous

L'augmentation importante que subissent les prix du baril de pétrole... font présager de sombres lendemains pour les Bourses. Souvenez-vous de nos prédictions qui anticipaient l'éclatement des bulles et autres start-up fagocytant les avoirs mondiaux. L'abcès munit et va éclater un de ces prochains jours, surtout au vu des hésitations de la banque fédérale des Etats Unis où Monsieur Greenspan commence à douter de la route à suivre. Puisque l'on sait que quand l'Amérique tousse, le monde entier attrape le rhume, les banques européennes commencent à se poser enfin les bonnes questions, surtout face aux marchés du Moyen Orient.

Evidemment, je ne peux que prévoir un écrasement contre le mur qui se dresse devant nous, mais il m'est impossible de dire lequel et ce qu'il adviendra après l'éclatement de l'abcès. De toutes manières nous ne pourrions que subir, comme d'habitude et le pire sera de retourner au Moyen Âge lorsqu'il n'y avait ni syndicats, ni caisses de pension, ni horaire légal

Suite en page 15

de travail, ni soins coûteux dans des super-hôpitaux et surtout plus d'AVS ou de 2^e pilier.

Grave crise

Voilà une réponse anticipée aux questions que je viens de poser. Rappelez-vous de nos critiques et avertissements concernant la Fa-reas dans le canton de Vaud. Nous avions des preuves de versements incongrus à certains demandeurs d'asile et nous demandions de plus stricts contrôles. Maintenant il s'agit de l'Hospice Général de

Genève qui a perdu des millions et le scandale éclate après la nomination de Claude Torracinta comme président du conseil d'administration qui n'a rien entrepris pour prendre les mesures qui s'imposaient. Ces institutions dirigées par des socialistes ont toujours distribué des prébendes superfétatoires à plusieurs de nos hôtes étrangers indésirables, y ajoutant dans ce cas précis, la faillite de la caisse maladie Accorda qui réclame 6.9 millions versés aux requérants d'asile qui ont bénéficié indûment de prestations concernant des prestations supplémentaires aux primes de base. C'est l'Hospice Général qui a obligé cette caisse à accepter ces centaines de malades incapables de payer une prime quelconque. Naturellement à l'époque, lorsque le loup est sorti du bois, l'Hospice Général a accusé la caisse maladie d'incompétence et de dysfonctionnement. Décidément tout va à vau-l'eau et personne n'est responsable. On en arrivera à dire comme nos voisins français: responsables mais pas coupables. Ou est-ce le contraire?

Journée sans...

Il y a beaucoup de journées sans quelque chose, et aujourd'hui lundi de Pentecôte, c'est la journée sans tabac. Que voilà de bonnes idées! Ce qui m'étonne c'est que parmi tous ces sans, il n'y ait pas spécifiquement le cannabis. Mais revenons au tabac qui tue selon les statistiques mondiales une personne toutes les 2 1/2 min. D'autre part on sait que les cigarettes et autres tabacs contiennent des poisons qui tuent à petit feu, doucement, sans bruit. Alors qu'attend-on pour arracher les plantations de tabac comme on le fait si spectaculairement pour le cannabis qui ne détruit pas un homme toutes les 2.5 min? (Jusqu'à présent, même en comptant les accidents de voiture). Qu'attend-on pour mettre en prison les agriculteurs qui cultivent cette plante et n'édicte-t-on pas des lois pour interdire les usines de cigarettes? Si l'on se cache derrière les chômeurs en cas de fermeture, il y a lieu de mettre en parallèle le manque de scrupule lorsqu'il s'agit de délocalisation d'industries moins dangereuses. Maintenant on rajoute à ces considérations le fait que ce sont les plus pauvres qui fument le plus, et dépensent inutilement en fumée ce qu'ils pourraient consacrer à une nourriture plus saine (Passant sous silence les frais qui grèvent de ce fait les assurances maladie). Nom d'un petit bonhomme, cessez de faire tant de tapage pour des

journées sans tabac et au lieu de paroles et dessins idoines, prenez des dispositions légales puisque c'est la jeunesse qui paie en première ligne les pots cassés et les vieux têtus fumeurs qui pèsent lourds sur les fonds et de la santé par leurs emphyzèmes, leurs cancers, la maladie de Parkinson et j'en passe.

Eurovision en Turquie

C'est bien fait, la Suisse ne l'a pas volée. Elle n'ira pas chanter samedi en Turquie, elle n'a reçu aucun vote et a reçu le plus mauvais score c'est-à-dire le bonnet d'âne, le dernier de la classe. L'arrogance de cet italien Piero

Esteriore, qui prônait à la TV romande que leur groupe sortirait le premier, n'était pas le digne représentant du Suisse tel que nous le connaissons. De plus le négrillon qui dansait comme un singe derrière lui, rendait la scène incongrue, stupide et plus que bizarre pour notre pays. Les excuses trouvées pour expliquer ce fiasco accusant notre attitude vis-à-vis de l'U.E. et nos réticences bancaires intégristes vis-à-vis du mondialisme sont bidons et trop faciles. Les incapables et les incompétents se cachent toujours derrière un paravent et les europhiles doublés d'altermondialistes sont bien servis avec Bruxelles comme médaille d'or. *Octopus*

En parcourant la presse

Au Jaun Pass

Chaque jour nous sommes confrontés aux saloperies de plus en plus nombreuses commises par nos hôtes étrangers. Avec les nouvelles dispositions légales que le gouvernement prend enfin à l'égard des récalcitrants et des voyous en leur coupant les vivres, il faut s'attendre à une recrudescence de la délinquance. Voilà aujourd'hui deux trafiquants ivoriens emmenés à Champ Dollon, et un Ukrainien voleur de parfums (ce n'est pas le premier) et 3 gamines Roms cambrioleuses d'appartements munies de tournevis et autres pieds de biche. Hop! tout ce beau monde au Jaun Pass.

Deux en un c'est dur!

Être homosexuel dans la discrétion et sans fanfaronades, rien de plus normal. Mais rien n'est normal dans le 3e sexe. Les membres viennent d'ouvrir à Sciez en Haute Savoie, un restaurant-dancing «La Fiesta» où iront se défouler des travestis vêtus d'oripeaux extravagants, allant de couvre-chefs à la Charlot, de cornes diaboliques ou de couronnes de rois ubus, aux jupes de tziganes, de crinolines ou de déguisements de danseuses exotiques. La Fiesta porte bien son nom et les désaxés du bonnet vont se régaler.

Otages coûteux

Après les informations nous exposant enfin les sommes versées par la Confédération pour libérer les otages du Sahara, soit 6 millions de francs suisses et autant probablement d'euros allemands, les citoy-

ens peuvent être choqués de devoir payer cette somme par leurs impôts. Il serait normal que le département des affaires étrangères mettent sérieusement en garde les chercheurs de sensations fortes, afin qu'ils évitent certains pays à risque, quitte à agrandir les zones dangereuses, avec à la clé une loi exigeant le remboursement intégral de la rançon demandée pour leur libération, en cas de malheur. Ainsi, leur désir d'aventures sensationnelles, sera-t-il plus raisonné et plus raisonnable.

Au loup!

Tous les grands esprits gauchisants qui minimisent l'arrivée massive de travailleurs étrangers chez nous, se mettent le doigt dans l'œil. A peine les frontières ouvertes, les Français préparent un «salon des frontaliers» à Annemasse, un faubourg savoyard de Genève où seront donné les conseils de professionnels de la libre circulation, plus 10 exposants et 7 conférences à la Salle Martin Luther King (un nom prédestiné). L'annonce paraît dans plusieurs journaux français et suisses agrémentée de deux grands drapeaux nationaux. Avec déjà 44'000 personnes qui traversent nos frontières chaque jour, plus celles à venir, on peut s'attendre à voir augmenter le chômage à Genève, le canton le plus touché par ce fléau. *Octopus*

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch





Zweifellos hat unser viel zu grosszügiges Asylrecht vor allem im vergangenen Jahrzehnt dem tausendfachen Asylrechtsmissbrauch Tür und Tor geöffnet. Breite Bevölkerungskreise können nicht verstehen, dass die Polizei zwar Drogen dealende Schwarzafrikaner dingfest machen und vielfach sogar ein Drogendelikt nachweisen kann, dass diese aber mangels Rechtsgrundlage oft nach wenigen Stunden wieder aus der Polizeihaft entlassen werden. Solche Asylbewerber nützen doch unser grosszügiges Asylrecht schamlos aus und tanzen unseren pflichtbewussten Polizistinnen und Polizisten auf der Nase herum. Seit über einem Jahrzehnt engagiere ich mich an vorderster Front gegen die viel zu large Asylpolitik. Im letzten Jahrzehnt wurden zwei Volksinitiativen zur Verschärfung des Asylgesetzes knapp abgelehnt –



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

eine bekanntlich nur ganz knapp. Noch klingen mir die Stabilisierungsversprechen der Vorgängerin von Bundesrat Christoph Blocher und jene von Bundesrat Koller in den Ohren: Selbstverständlich müsse man dem Asylrechtsmissbrauch einen Riegel schieben. Vorab vor den Volksabstimmungen wurde dies hoch und heilig versprochen. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache: Per Ende des vergangenen Jahres hielten sich 90'661 Personen des Asylbereichs, wie es in unserer Amtssprache heisst, in unserem Land auf. Interessant ist aber die Tatsache, dass in der neuen Asylstatistik ein zusätzlicher Posten von über 17'000 Personen mit Abgängern aus dem Asylbereich geführt wird. Das sind Personen, welche entweder untergetaucht oder im besten Fall aus der Schweiz ausgereist sind.

Kulturfremde Zuwanderung

In den letzten Jahren ist zudem ein weiteres beängstigendes Faktum zu beobachten: Immer weniger Asylbewerber kommen aus Staaten des europäischen Kontinents, also im weitesten Sinne aus unserem Kulturraum. Ich bin sogar noch grosszügig und zähle neben den Balkanstaaten auch noch ehemalige GUS-Staaten wie Armenien und Georgien zu unserem Kulturkreis. Mit 42'273 Bewerbern kamen Ende Dezember 2002 beinahe die Hälfte aller Asylsuchenden aus Afrika und Asien. Spitzenreiter sind Somalia, Angola, Guinea, Nigeria, Eritrea und Sierra Leone. Es kommen also neu Menschen in grosser Zahl zu uns, die sich nicht im Entferntesten in unsere Denk- und Lebensformen einfühlen können. Ein weiterer Fakt ist, dass es sich hier im Gegensatz zu den Asylbewerbern aus z.B. Serbien oder auch Sri Lanka zum allergrössten Teil nicht um Familien, sondern um junge Männer handelt. Auch diese Tatsache darf nicht ausser Acht gelassen werden, denn sie verändert die demographische Struktur vor allem der jüngeren Alterssegmente unter 40 Jahren deutlich.

Ich formuliere es hier schnörkellos: Die massive Zuwanderung inner- und ausserhalb des Asylbereichs aus Afrika, Zentral- und Südamerika und Asien sprengt ei-

nes Tages unsere Gesellschaftsnorm. Deshalb bin ich froh darüber, dass Sie, Herr Bundesrat Blocher, ganz offensichtlich eine ähnliche Einschätzung der Gesamtsituation machen und offensichtlich in der Asylpolitik künftig neue Wege gehen wollen. Vorab gilt es aber, in einem weiteren Flickwerk an unserem geltenden Asylgesetz herumzubasteln. Das vorliegende Asylgesetz ist deshalb an die Staatspolitische Kommission zurückzuweisen. Drei Aspekte, die ich für zentral halte, sind in der vorliegenden Revision des Gesetzes nicht genügend oder überhaupt nicht durchdacht:

SD-Forderungen

1. Der Bund soll für Asylbewerber, deren Ausweisung nicht möglich ist oder die straffällig werden, geschlossene Rückführungszentren einrichten. Es darf nicht länger sein, dass kriminelle Asylbewerber und Ausländer sich hierzulande zwar beispielsweise durch Drogen-, Menschen- und Waffenhandel strafbar machen, jedoch mangels gesetzlicher Grundlagen nicht weggesperrt werden können.
2. Asylbewerber sollen während der erwerbslosen Zeitspanne für gemeinnützige Arbeiten zugunsten der Allgemeinheit angehalten werden.
3. Die Entwicklungshilfe an diejenigen Staaten, welche sich bei der Rückführung nicht kooperativ verhalten, ist gänzlich einzustellen. Stattdessen sind vorab in der Dritten Welt Projekte zu fördern, die

gezielt darauf ausgerichtet sind, die Wirtschaftsmigration einzudämmen.

Erlauben Sie mir noch einige generelle Bemerkungen: Mit dem Instrument der humanitären Aufnahme soll einzig die Hilf- und Mutlosigkeit der Behörden gegenüber der aktuellen, aus dem Ruder gelaufenen Situation an der Asylfront kaschiert werden. Es darf doch nicht sein, dass abgewiesene Asylbewerber, die aus verschiedenen Gründen nicht in ihr Heimat- bzw. Herkunftsland zurückgeschickt werden können, neu in der Schweiz auch arbeiten und sogar ihre Familien nachziehen dürfen! Die faktische Aufhebung des Arbeitsverbotes für so genannt humanitär Aufgenommene fördert doch wieder die Attraktivität für Wirtschaftsmigranten. Der Familiennachzug fördert zudem die unkontrollierte Zuwanderung in unser kleines, dicht besiedeltes Land. Durch den Einbau von solchen pseudohumanen Aufnahmemöglichkeiten droht das in gewissen Bereichen durchaus verbesserte Asylgesetz einmal mehr, zur Farce zu werden. Haben wir deshalb endlich den Mut und die Kraft, im Asylbereich gegen den Missbrauch hart durchzugreifen und den wirklich Verfolgten, Schutzbedürftigen und Schutz Suchenden einen guten Dienst zu erweisen!

Votum von SD-Nationalrat Bernhard Hess, anlässlich der Debatte zur Asylgesetzrevision vom 2. Mai 2004.

SD-Referendum:

- gegen die Bilateralen Verträge II
- gegen die Ausdehnung des freien Personenverkehrs

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) ruft das Eidgenössische Parlament dazu auf, sowohl die Ausdehnung des freien Personenverkehrs mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wie auch die bilateralen EU-Verträge II einer obligatorischen Abstimmung zu unterstellen. Falls dies nicht geschieht, werden die SD das Referendum gegen diese beiden Vertragspakete ergreifen. Anlässlich einer Sonder-Delegiertenversammlung im Herbst 2004 werden die SD beide Referenden formell beschliessen.

Die SD wehren sich insbesondere entschieden dagegen, dass die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen mittel-

und osteuropäischen Staaten ausgenutzt wird, um die Löhne zu drücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu vergrössern.

*Schweizer Demokraten (SD),
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär*

Anmerkung der Redaktion: Insbesondere das Referendum der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn EU-Neumitglieder scheint angesichts der Forderung einzelner SVP-Parlamentarier nach billigen polnischen und litauischen Landarbeitern fraglich.